

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Donnerstag, 12. März 1981, Vormittag

Jeudi 12 mars 1981, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Butty

80.088

Finanzordnung. Bundesverfassung

Régime financier. Constitution fédérale

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 196 hiervor — Voir page 196 ci-devant

Art. 41ter Abs. 5 Bst. c und Abs. 7

Art. 41ter al. 5 let. c et al. 7

Fortsetzung – Suite

Blocher: Ich habe Ihnen die Stellungnahme der SVP-Fraktion zum Antrag Kohler bekanntzugeben. Die Fraktion ist da nicht einheitlich gleicher Meinung. Ein Teil wird dem Antrag zustimmen, ein anderer Teil nicht. Warum? Der Vorteil des Antrages Kohler liegt darin, dass der Ausgleich der kalten Progression in der Verfassung so verankert ist, dass man ihn nicht einfach umgehen kann. Man weiss also genau, was in den nächsten Jahren geschieht. Wenn wir sehen, was in den letzten Jahren mit dem Verfassungssatz, die Folgen der kalten Progression seien auszugleichen, geschehen ist, dann können diejenigen, die es mit dem Ausgleich der kalten Progression ernst meinen, diesem Zusatz zustimmen. Diese Regelung hat aber Konsequenzen. Die Konsequenzen sind nämlich die, dass für die Zukunft die Mehreinnahmen für den Bund aus den direkten Steuern nicht mehr so ansteigen werden, wie das in den letzten zehn Jahren der Fall gewesen ist. Sie werden ungefähr proportional der Teuerung ansteigen. Ein gewisser Anstieg wird aber auch vorhanden sein durch ein mögliches Wirtschaftswachstum und bei den natürlichen Personen durch Reallohnerhöhungen.

Das hat indessen Konsequenzen in bezug auf die Bundesausgaben. Die Bundesausgaben dürfen in den nächsten Jahren, wenn die Schuld nicht vergrössert werden soll, maximal in der Grösse der Teuerung, eventuell einschliesslich eines kleinen Anstiegs durch das Wirtschaftswachstum und allfälligen Reallohnerhöhungen, ansteigen. Diese Ausgabenbeschränkung müsste man konsequenterweise tun. Es bleibt dann immer noch das jährliche Defizit von einer Milliarde, das vielleicht beim Wirtschaftswachstum durch höhere indirekte Steuern abgedeckt werden kann; aber die Schuld von 20 Milliarden würde bestehen bleiben. Weil ein Teil der Fraktion diese Ausgabenkonsequenzen auf sich nimmt, kann er auch dem Antrag Kohler zustimmen, während ein anderer Teil glaubt, dass die Ausgaben nicht so in den Zügen gehalten werden können und deshalb den Antrag Kohler ablehnt.

Schüle: Mit der heutigen Finanzordnung erhöhen wir also die indirekten Steuern um 11 Prozent. Zum andern wollen wir mit der neuen Finanzordnung der Bundeskasse jene 800 Millionen definitiv zuführen, die seit 1973 aus der kalten Progression entstanden und dem Steuerzahler trotz verfassungsmässiger Pflicht nicht zurückerstattet worden sind. Die Argumentation, der Steuerzahler hätte 1977 und

1979 bewusst darauf verzichtet, ist grotesk. Damals ging es ja um ein Multipack, das zwar die Ausmerzung der kalten Progression mitenthielt, das aber doch schwergewichtig auf die Mehreinnahmenbeschaffung ausgerichtet war. In dieser Situation ist es unerlässlich, dass wir einen Blick tun in die steuerpolitische Zukunft unseres Staates, aber auch des Steuerzahlers. Wegen des progressiven Steuertarifs der Wehrsteuer ist heute der Staat der Profiteur der Inflation auf dem Buckel des Steuerzahlers.

Nachdem Herr Jaeger gestern in seinem Beispiel mit 2 bzw. 3 Prozent Mehrbelastung aus der kalten Progression zu bescheiden geblieben ist, möchte ich die Wirkung der kalten Progression anhand von Unterlagen der Eidgenössischen Steuerverwaltung verdeutlichen, die sich auf einen Vergleich der Bemessungsperioden 1983/84 gegenüber 1981/82 beziehen. Wenn die Inflation nämlich von einer Bemessungsperiode zur anderen, also innert zwei Jahren, um 5 Prozent ansteigt, so steigen die Wehrsteuererträge des Bundes um über das Doppelte, nämlich um 10,8 Prozent. Die kalte Progression stellt sich in diesem Fall also auf gegen 6 Prozent, was 160 Millionen Franken bedeutet. Bei 10 Prozent Teuerung wiederum erzielt der Bund Mehreinnahmen von 26 Prozent, die kalte Progression macht bereits 16 Prozent oder 350 Millionen Franken aus. Bei 15 Prozent Teuerung oder, auf ein Jahr bezogen 7,5 Prozent (wir haben heute 6 Prozent, also ist das gar keine so unrealistische Zahl), erreicht der Mehrertrag sogar 34 Prozent, die kalte Progression also 19 Prozent oder 530 Millionen Franken. Es geht also bei der kalten Progression ins dicke Tuch. Wenn der Staat diese über die Teuerung hinaus entstehenden Erträge aus der kalten Progression einbehält (die Mehreinnahmen aus allfälligen Reallohnerhöhungen samt der kalten Progression darauf erhält er ja sowieso), führt das zwangsläufig zu einer realen Steuererhöhung, die besonders diejenigen trifft, die infolge der Teuerung überhaupt erst in den steuerlich erfassten Einkommensbereich hineintrutschen, sowie all jene, die ein mittleres Einkommen beziehen und sich damit im steilsten Bereich der Progressionskurve befinden. Zwangsläufig führt dies auch zu überproportional wachsenden Bundesinnahmen. Das mag für die Regierung zwar bequem sein; volkswirtschaftlich und staatspolitisch ist dies jedoch fatal, und es ist auch nicht demokratisch, dem Bürger und Steuerzahler solche Mehreinnahmenentscheide zu entziehen und die Realbelastung der Bürger laufend zu verändern.

Heute wollen wir die seit 1973 zum Ausgleich anstehende kalte Progression dem Bund überlassen. Der Bund braucht diese Mehreinnahmen aus Gründen seiner Finanzlage. Wir haben bewusst darauf verzichtet, Anträge zu stellen auf rückwirkenden vollen Ausgleich der kalten Progression. Wir müssen aber für die Zukunft darauf achten, dass die kalte Progression regelmässig ausgeglichen wird, dass wir auf kalte Steuererhöhungen verzichten.

Darum ersuche ich Sie um Zustimmung zum Antrag Kohler.

Muhelm: Ich glaube, wir sind uns in diesem Saale alle einig, dass die Folgen der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer periodisch, d. h. von Zeit zu Zeit, ausgeglichen werden sollen. Wir haben heute in der Verfassung eine diesbezügliche Bestimmung, die diesen Ausgleich vorsieht. Ich betrachte es durchaus als einen Auftrag an den Gesetzgeber, diesen Ausgleich von Zeit zu Zeit vorzunehmen.

Wenn man gestern in diesem Saale behauptet hat – ich glaube, es war unser Kollege Otto Fischer –, dass die Verfassung verletzt worden sei, so möchte ich immerhin festhalten und unterstreichen, was auch unser Kollege Feigenwinter gesagt hat: in den letzten zehn Jahren ist die Teuerung bei der direkten Bundessteuer zweimal ausgeglichen worden. Es sind im weitern zwei Versuche gemacht worden, zwei Vorlagen, die dann aber vom Volk abgelehnt worden sind. Dies zeigt doch, dass der Entscheid darüber,

ob und in welchem Ausmaße ein Ausgleich vorgenommen wird, ein politischer Entscheid ist.

Ich muss Sie aber bitten, den Antrag Kohler, der einen Automatismus einführen will, abzulehnen. Er scheint mir finanzpolitisch allzu starr und staatspolitisch bedenklich zu sein.

Finanzpolitisch: Kollege Kohler möchte, dass alle zwei Jahre ein solcher Ausgleich vorgenommen wird, ob die Teuerung gross oder klein ist. Ich möchte sagen, dass es mir allzu starr ist – ohne Rücksicht auf das Ausmaß der Teuerung und auf die sonstige Situation –, einfach alle zwei Jahre zwingend auszugleichen. Ferner will der Antrag Kohler erreichen, dass ein voller Ausgleich erfolgen soll. Gestern ist von einem Redner gesagt worden – ich glaube, es war Herr Bremi –, man müsse den Bürger für den Kampf gegen die Inflation interessieren. Wenn Sie das wollten, Herr Bremi, müssten Sie allerdings nicht den vollen Ausgleich vorschreiben: Wenn wir den Bürger für den Kampf gegen die Inflation interessieren wollen, ist das gerade ein Argument dafür, in der Verfassung eben nicht den vollen Ausgleich vorzusehen.

Zum Staatspolitischen: Es scheint mir äusserst bedenklich zu sein, dass man in der Verfassung – nicht im Gesetz – diese ganze Frage des Teuerungsausgleichs von der Bundesversammlung an den Bundesrat delegieren will. Der Bundesrat, will er diesem Auftrag nachkommen, müsste also Gesetzesrecht, vielleicht sogar Verfassungsrecht, ändern, und ich glaube, dass wir als Volksvertreter diese Hefte und Kompetenzen niemals abgeben dürfen. Wie soll der Ausgleich vorgenommen werden? Vielleicht durch eine Streckung des Tarifes, vielleicht durch eine Erhöhung der Sozialabzüge – das sind alles offene Fragen.

Man sagt uns, dass der Index der Konsumentenpreise massgebend sein soll. Soll dann für alle Einkommen, die kleinsten und die grössten, der gleiche Prozentsatz gelten, obschon wir wissen, dass der Index auf einem Durchschnittseinkommen beruht, das für kleinste und grösste Einkommen nur sehr bedingt anwendbar ist? Ich halte daher dafür, dass die Frage des Ausgleichs der Teuerung, d.h. der kalten Progression bei den Steuern, ein politischer Entscheid ist, den die Bundesversammlung in ihren Händen behalten muss. Wir müssen die Möglichkeit haben, einerseits der Mehrbelastung des Steuerzahlers, auch der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers, Rechnung zu tragen und anderseits die Finanzlage des Bundes gebührend von Fall zu Fall zu berücksichtigen.

Daher beantrage ich Ihnen, den Antrag Kohler abzulehnen und der Mehrheit und dem Bundesrat zuzustimmen.

Kaufmann: Ich glaube, man kann mir nicht vorwerfen, ich sei ein Anhänger der Politik der leeren Kasse und des Defizits. Ich habe in diesem Rate einige Sparmassnahmen verbrochen und bin seit Jahren für gewisse Sondersteuern und engagiere mich heute noch für diese.

Ich mag die Defizitwirtschaft wirklich nicht. Aber viel gefährlicher als ein Finanzdefizit scheint mir ein Vertrauensdefizit – ein Vertrauensdefizit beim Volk, bei unseren Bürgern – zu sein. Es sind gestern von Gegnern des Antrages Kohler Raoul bezeichnende Worte gefallen: Der Bürger merke es ja sowieso nicht, wenn wir ausgleichen, und er merke es auch nicht, wenn wir nicht ausgleichen.

Auf die Dauer geht eine solche Politik nicht. Der Bürger kommt sich, vor allem bei hohen Teuerungsraten, dann rasch düpiert vor, düpiert, weil wir auf Schleichwegen Steuern erheben, nur damit die Kasse gefüllt ist, und vor allem weil wir diese zusätzlichen Steuern völlig ungleich verteilen. Wenn man von einer Teuerung von vielleicht 20, 30 oder 40 Prozent ausgeht, werden in den nächsten vier, fünf, sechs Jahren die Einkommen zwischen 30 000 bis 80 000 Franken übermäßig getroffen.

Heute morgen habe ich in den Nachrichten gehört, dass die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich eine Volksinitiative zum Ausgleich der kalten Progression für die mittleren und kleinen Einkommen eingereicht hat. Ich

habe alles Verständnis dafür, wenn man dem Herrn Finanzchef hier in diesem Rate von sozialdemokratischer Seite zu Hilfe kommen will, um das Loch in der Kasse zu stopfen. Ich will das auch, aber ich will es nicht auf dieselben unredlichen Wege.

Gefährlich ist es auch, einen so schönen Verfassungsartikel zu haben, der den Ausgleich der kalten Progression periodisch fordert, und gleichzeitig feststellen zu müssen, dass wir 1973 das letzte Mal ausgeglichen haben. Wenn Sie den Antrag Kohler annehmen, dann erfolgt der Ausgleich erstmals für das Steuerjahr 1985, und zwar nur bezogen auf den Indexstand vom 1. Januar 1983.

Man darf nicht damit argumentieren, das Volk habe 1977 und 1979 die kalte Progression gar nicht ausmerzen wollen. Man hat doch damals die Mehrwertsteuer abgelehnt, und wir hatten ein Multipack. Das Volk konnte zu dieser Frage gar nicht Stellung beziehen.

Noch ein paar Schlussbemerkungen. Die ganze Frage ist hochpolitisch geworden, weil es uns in den letzten Monaten eine massive Teuerung in die Stube geschneit hat. Und wir haben das ungute Gefühl, vor der Türe stünden neue Teuerungsschübe. Wir wissen, dass wir einen unmöglichen Wehrsteuertarif haben, unmöglich als der Tarif im Kanton Zürich, viel steiler, einen Tarif mit groben Sprüngen. Und diesen Tarif behalten wir ja, diese Verzerrungen bleiben. Aber ich meine, es sei jetzt genug, wir sollten in Zukunft wenigstens diesen Tarif an die Teuerung anpassen.

Dann hat man darauf hingewiesen – auch von Herrn Bundesrat Ritschard –, es komme ja das neue Bundesgesetz, und zwar komme das im Jahre 1982, vielleicht im Jahre 1983, auf jeden Fall rasch, und dann gleichen wir aus. Herr Bundesrat Ritschard, ich glaube Ihnen das, aber es nützt uns nichts, wenn wir im Oktober in die Abstimmung hineingehen. Das Volk wird es uns nämlich nicht glauben, dass dieses Bundesgesetz jetzt plötzlich kommen und der Inflation und der kalten Progression ein Ende machen wird. Schade, dass wir in dieser Frage keine Lösung finden. Ich bin der Meinung, dass man natürlich auch den Antrag Kohler verbessern könnte. Man könnte ohne weiteres eine Mindeststeuerung von 5, 10 oder 15 Prozent vorschreiben, die gegeben sein muss, damit dieser Ausgleich stattfindet. Ich habe einen solchen Antrag in der Kommission gestellt. Man kann auch das Parlament durch die Genehmigungspflicht oder durch einen Einfachen Bundesbeschluss einschalten. Damit hier aber Fortschritte gemacht werden können, ersuche ich Sie, möglichst zahlreich diesem Antrag Kohler zuzustimmen. Wir haben immer noch die Zweite Kammer, die gewisse Dinge ausglätten könnte.

Fischer-Bern: Ich glaube, wir müssen uns darüber klar sein, dass es zwei Hauptprobleme gibt. Das eine ist die zurückliegende Phase, die wir nun durch diese Anpassung der Sozialabzüge irgendwie teilweise bewältigen wollen, und das zweite ist die Zukunft, die mit dem Antrag von Herrn Kohler beeinflusst werden soll. Ich möchte in aller Form bestätigen, was ich gestern gesagt habe. Wir haben auf dem Gebiete der kalten Progression die Verfassung verletzt, und zwar in einer sehr eindeutigen Art und Weise, denn in der Verfassung steht nicht, dass wir sieben Jahre lang nichts mehr tun sollen, und es steht vor allem nicht, Herr Muheim, in der Verfassung, dass man die kalte Progression nur teilweise ausgleichen soll, nur für bestimmte Kategorien oder für bestimmte Einkommensschichten oder Familienverhältnisse. In der Verfassung steht, dass die kalte Progression periodisch auszugleichen ist, und zwar vollumfänglich, und das haben wir nicht getan. Ich möchte die Argumentation, dass das ja in der Mehrwertsteuervorlage probiert worden sei, zurückweisen.

Der Verfassungsauftrag ist eindeutig und hat mit der Mehrwertsteuer überhaupt nichts zu tun, und wenn der Bürger die Mehrwertsteuervorlage abgelehnt hat, dann hat er nicht die kalte Progression refusiert. Wir hätten in den letzten Jahren regelmässig Einzelvorlagen, referendums-

pflichtige Bundesbeschlüsse in Ausführung dieses Verfassungsklausens vorlegen sollen. Das haben wir nicht getan!

Die kalte Progression ist nicht, wie offenbar immer noch einzelne unter Ihnen meinen, ein Geschenk des Fiskus an den Steuerzahler. Der Ausgleich der kalten Progression hat überhaupt keinen andern Sinn als die Neutralisierung der Geldentwertungseinflüsse auf die direkten Steuern. Wenn wir diese Neutralisierung vornehmen, dann hat der Staat nicht weniger Steuern erhalten, sondern er hat genau diejenigen Steuern erhalten, die ihm zustehen. Wenn wir diese Neutralisierung nicht vornehmen, dann bezieht der Staat höhere Steuern als ihm zusteht, und dann muss er mittels des Ausgleichs der kalten Progression eine Rückvergütung vornehmen. Es ist also nicht so, dass der Ausgleich der kalten Progression zu einer Verminderung der Staatseinnahmen führt, sondern der Ausgleich der kalten Progression ist eine Korrektur der Verzerrung, die durch die Geldentwertung entstanden ist, und diese Korrektur darf man dem Steuerzahler auch gewähren. Der Staat ist nämlich – Herr Schüle hat es schon gesagt – der grosse Profiteur; der Staat hat bei der Teuerungsrate von heute jährlich einen Realgewinn von etwa einer Milliarde Franken auf 20 Milliarden Franken Schulden, und gleichzeitig profitiert er noch dadurch, dass die Einkommen wegen der Teuerungszulagen ständig überproportional steigen.

Herr Muheim hat gesagt, dass sei eine politische Frage. In der Verfassung steht ausdrücklich, was zu tun ist. Das ist keine Frage der Interpretation durch das Parlament. Ich mache Herrn Anton Muheim darauf aufmerksam, dass wir uns dann bei der 2. Säule über die Durchführung der zwingenden Verfassungsvorschriften unterhalten werden. So klar und deutlich wie die kalte Progression in der Verfassung formuliert ist, ist nicht einmal die Eintrittsgeneration im Verfassungszusatz Artikel 11 erwähnt. Wir werden uns wohl bei Philippi wieder antreffen!

Zwei Worte zum Antrag von Herrn Kohler. Es handelt sich um nichts anderes als um eine Präzisierung des Verfahrens, und zwar in zwei Richtungen. In erster Linie will der Antrag Kohler, dass die Unsicherheit, wann man die kalte Progression ausgleichen soll, beseitigt wird. Sie ist alle zwei Jahre bei jeder neuen Wehrsteuerperiode vorzunehmen. Zweitens wird gesagt, wer es tun soll, nämlich der Bundesrat. Nun kommt, wenn ich Herrn Muheim richtig verstanden habe, das Argument, der Bundesrat könne damit Verfassungsbestimmungen ändern. Das ist natürlich nicht der Fall, sondern es würde von der Verfassung dem Bundesrat der Auftrag und die Kompetenz gegeben, das zu tun, was er in andern ähnlichen Fällen ebenfalls tun muss. Er muss aus eigener Kompetenz die Teuerungszulagen des Bundespersonals festlegen; hier geht es um Bruchteile von Prozenten, und die Betroffenen reklamieren sehr rasch, wenn nichts getan wird; der Bundesrat muss sodann gemäss AHV-Gesetz die AHV-Renten der Teuerung anpassen. Wenn der Antrag Kohler angenommen wird, müsste der Bundesrat nach dieser verfassungsmässigen Bestimmung die kalte Progression bei jeder Wehrsteuerperiode ausgleichen; das passt völlig in unser System hinein; es ergibt auch keine technischen Schwierigkeiten, denn die Teuerung wird offiziell ausgewiesen; das kann man mit dem Rechenschieber, via Rabatte oder durch Streckung des Tarifs usw. ohne weiteres technisch durchführen, ohne dass damit irgendwelche politische Fragen verbunden wären.

Ich empfehle Ihnen deshalb, dem Antrag Kohler zuzustimmen, der eine Konkretisierung und eine definitive Verankerung dieses bereits bestehenden Grundsatzes vorsieht, der nicht oder nicht richtig durchgeführt worden ist.

M. Barchi: Je ne veux pas reprendre tous les arguments qui ont déjà été exposés, notamment par MM. Auer et Feigenwinter, concernant les conséquences, je ne veux pas

dire catastrophiques, mais certainement fâcheuses qui en résulteraient pour les finances fédérales.

M. Feigenwinter a évoqué hier la mythologie, il a parlé du talon d'Achille. Je voudrais dire que M. Kohler, animé de bonnes intentions et en toute bonne foi, va mettre un cheval de Troie dans l'enceinte de la trésorerie fédérale.

En réponse à M. Otto Fischer, qui a dit que l'Etat et les finances fédérales profitent de l'inflation, je tiens à lui répondre que le contribuable aussi profite de l'inflation. En effet, il paie après trois quatre ans des impôts calculés sur ce qu'il a gagné trois quatre ans avant. N'oublions pas que nous appliquons le système *praenumerando*. Si nous avions le système contraire, *postnumerando*, M. Otto Fischer aurait raison en disant que seul l'Etat profite de l'inflation. Mais comme nous l'avons déjà dit, le contribuable profite aussi de cette situation, puisqu'il paie avec de l'argent déprécié. Outre ces arguments de fond, j'ai des perplexités d'ordre juridique et d'ordre institutionnel.

Première perplexité d'ordre juridique: M. Kohler nous propose une délégation du législateur au Conseil fédéral, une transmission de pouvoir au Conseil fédéral. Cette délégation aurait, il est vrai, une base constitutionnelle, mais nous savons par la doctrine que toute délégation de pouvoir doit être explicite et précise. Celle qui nous est proposée est explicite, mais pas précise, parce qu'on y parle vaguement de la compensation de la progression à froid, mais on ne dit pas si cette compensation doit se réaliser par le biais du barème ou par le biais des déductions sociales. Cette délégation n'étant pas précise, le Conseil fédéral disposera encore d'une marge d'appréciation très large. C'est la raison pour laquelle j'ai des doutes d'ordre juridique. Ma perplexité d'ordre institutionnel est la suivante: comme M. Muheim l'a dit, cette délégation pourrait être conférée par la disposition transitoire figurant à l'article 8, mais M. Kohler la prévoit dans l'article 41, c'est-à-dire pour toujours, définitivement. Maintenant, nous n'avons pas encore de loi, nous savons que l'impôt direct, soit l'impôt de défense nationale, est réglé par un arrêté du Conseil fédéral. Mais aussitôt que le Conseil fédéral présentera aux Chambres une loi, nous aurons certainement un conflit: d'un côté, le Conseil fédéral, qui sur la base de cette délégation peut et doit corriger la compensation à froid en changeant le barème et en corrigeant les déductions sociales et, de l'autre côté, les Chambres fédérales, qui auraient le pouvoir de modifier le barème et les déductions, abstraction faite de la progression à froid. Pour ces raisons, je le répète, j'ai des doutes du point de vue juridique, parce que la délégation n'est pas suffisamment précise. J'ai de grosses perplexités du point de vue institutionnel parce que, dès qu'on aura une loi, il y aura un conflit entre le Conseil fédéral et les Chambres qui doivent maintenir leur droit de pouvoir corriger le barème et les déductions sociales. Enfin, sur le fond, je le répète, Monsieur Kohler, vous voulez introduire, de bonne foi, dans l'enceinte de la trésorerie fédérale un vrai cheval de Troie.

Biel: Ueber die Natur des Ausgleichs des kalten Progressionsmechanismus ist viel diskutiert worden. Aber Kollege Feigenwinter hat mich mit seiner Strafpredigt gestern kurz vor Abschluss der gestrigen Sitzung dazu bewogen, noch einige Worte zum Problem hier auszuführen.

Die Kommission hatte das Problem in der ersten Lesung unbefriedigend behandelt. Und das war der Grund, warum ich dann für die zweite Lesung in der zweiten Sitzung diesen Antrag – der Ihnen heute als Minderheitsantrag, vertreten durch Kollege Kohler, vorliegt – eingebracht habe, nämlich um die Kommission dazu zu zwingen, das Problem gründlich zu diskutieren. Man war verschiedener Meinung, ob man die Folgen der kalten Progression ausgleichen müsse oder nicht. Darüber wollen wir jetzt nicht mehr diskutieren, denn mit der Verfassungsbestimmung soll ja für die Zukunft eine klare Regelung geschaffen werden.

Kollege Otto Fischer hat darauf hingewiesen: Das ist gar nichts Neues, was wir machen, wenn wir hier eine präzise Regelung einführen, denn beispielsweise bei der AHV haben wir das auch getan; früher hatten wir immer langwierige Gesetzesrevisionen, um einen Teuerungsausgleich oder eine Erhöhung der Renten zu gewähren. Heute haben wir einen Mechanismus, und der Bundesrat hat die Kompetenz, diesen Mechanismus anzuwenden. Genau das gleiche wollen wir hier.

Kollege Feigenwinter, es ist effektiv eine Achillesferse. Das haben Sie richtig gesagt, darum haben Sie ja dann auch so in den Saal hinausgedonnert. Sie wissen es ganz genau, dass es sich um eine entscheidende Frage handelt, die wir hier regeln müssen. Nur beurteilen wir die Lage etwas anders als Sie. Und Sie müssen mir natürlich nicht mit dem Beispiel Basel-Land kommen. Die Schulden von Basel-Land sind nicht deshalb entstanden, weil man früher automatisch die Folgen der kalten Progression ausgeglichen hat. Das mag etwas dazu beigetragen haben. Meines Erachtens entstehen Schulden des Staates durch die Ausgabenpolitik; dort liegt die Ursache und nicht auf der Einnahmenseite. Basel-Land hat in den Hochkonjunkturjahren einen jahrzehntelangen Rückstand im Infrastrukturausbau aufgeholt, Spitäler und Schulen in einem Ausmass gebaut, wie wahrscheinlich sonst kein Kanton; darum sind die Schulden entstanden und nicht wegen des Ausgleichs der kalten Progression.

Was mich aber an Ihren Ausführungen störte, war, dass Sie behauptet haben, das Volk merke es nicht. Sehen Sie, das ist wie mit der Inflation. Das mag jahrelang gehen, weil die Leute Illusionen hegen bezüglich der Inflationsraten. Man glaubt, der Teuerungsausgleich bringe höheres Einkommen. Aber nur bis zu einem bestimmten Moment, und den haben wir auch schon erlebt: dass nämlich die Wirtschaft und die einzelnen Bürger in diesem Lande gemerkt haben, dass man mit der Inflation Schindluder betreibt, nämlich zuerst über steigende Preise den Leuten das Geld aus der Tasche nimmt und ihnen dann nachträglich einen Teil davon über den Indexausgleich zurückgibt. Von dem Geld, das man ihnen zurückgibt, nimmt dann der Fiskus auch noch einen Teil. Das merken die Leute nämlich und dann reagieren sie ganz anders. Ich bin überzeugt, dass das Schweizervolk es eben gemerkt hat, was für ein Spiel hier mit ihm getrieben wird.

Was mir nicht ganz verständlich ist, ist die Haltung der Sozialdemokraten: dass sie nun plötzlich nichts vom Ausgleich der Folgen der kalten Progression wissen wollen. Ich verstehe Kollege Stich, dass Sie für die jährliche Veranlagung sind; ich bin es auch. Aber ich vermag nicht einzusehen, welchen Zusammenhang zwischen dem Antrag Kohler und Ihrem Begehrn liegt. Das hat mich also nicht ganz überzeugt. Ich habe den Eindruck, dass auch die Leute, die Sie sonst vertreten, sehr dankbar wären für den Ausgleich der Folgen der kalten Progression.

Der Antrag Kohler schafft klare Verhältnisse. Wir haben keine Diskussionen mehr, was zu tun ist, sondern es wird künftig aufgrund der Verfassungsbestimmung automatisch gehandelt. All das spricht für die Annahme des Antrages Kohler.

Hubacher: Es sind jetzt einige Dinge, zuletzt gerade wieder von Herrn Biel, behauptet worden, die man meiner Meinung nach nicht einfach so im Raum stehen lassen darf. Ich lese heute morgen in der «Berner Zeitung» die Schlagzeile: «Natürlich wieder ohne Otto Fischer.» Das heisst, unsere Debatte, unser Versuch, eine gemeinsame Lösung zu finden, wird von Otto Fischer nicht unterstützt, und deshalb bin ich mit Beckett etwas misstrauisch gegenüber Ratschlägen von Otto Fischer, denn ich gehe immer davon aus, dass er am Schluss die Vorlage sowieso und gleichwohl und auf jeden Fall ablehnt. Beckett sagt: «Was steckt Schlechtes dahinter, wenn ich (von Otto Fischer) einen guten Rat bekomme?» Otto Fischer hat be-

hauptet, die kalte Progression bringe für den Bund keine Mindereinnahmen. Herr Biel hat vorhin von einem übeln Spiel mit dem Schweizervolk gesprochen. Der Antrag von Herrn Raoul Kohler bringe eine Automatik, sozusagen eine automatische Gerechtigkeit.

In der Kommission hat man sich nicht ein X für ein U vorgemacht. Man weiss, dass hier ein schwieriges Problem ansteht. Es steht in der Verfassung, dass die Folgen der kalten Progression für die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen periodisch auszugleichen seien.

Wenn also Herr Fischer behauptet, Abbau der kalten Progression bedeute keine Mindereinnahme für den Bund, dann heisst das folgendes: Auf der einen Seite geben wir durch den Abbau der kalten Progression Geld zurück, und auf der anderen Seite müssen wir es wieder mit der Korrektur der Steuersätze hereinholen. Wir hätten eine ständige zweijährliche Steuerdebatte, dauernd neue Vorlagen an das Schweizervolk, und ich glaube, es ist eben in dieser Frage – Herr Biel – gar keine Automatik möglich. Es gibt hier nur mehr oder weniger gute oder schlechte Lösungen, optimale, aber keine maximalen Lösungen. Es ist auch kein übles Spiel mit dem Schweizervolk, wenn man sagt, dass wir hier gewisse Schwierigkeiten hätten. Wir möchten nicht, dass wir in kürzesten Abständen immer wieder neue Steuersätze festlegen müssen, denn – meine Damen und Herren – man kann nicht so tun, als ob dieser Vorschlag Kohler den Bund nichts koste.

Die Krux liegt ja darin, dass wir hier versuchen, zu einer Sanierung der Bundesfinanzen beizutragen, und mit dem Antrag Raoul Kohler wird das weitgehend verunmöglich, weil das längerfristig den Bund sehr viel Geld kostet. Man kann also nicht die Augen verschliessen und erklären: Wir sind solche Wunderknaben, dass wir auf der einen Seite diese automatische Gerechtigkeit angeblich einschalten, die Bundesfinanzen sanieren, niemandem wehtun und dann gleichwohl die Wünsche für die Steuerzahler, wie sie auch uns sehr sympathisch wären, erfüllen.

Die Kommission hat in dieser Beziehung ganz klar entschieden. Es gibt eine Priorität für die Sanierung der Bundesfinanzen, und es bleibt beim Versuch, die kalte Progression periodisch auszugleichen. Wir bitten Sie aber, hier die Handlungsfreiheit zu behalten und sie nicht verfassungsmässig als Automatik, wie das Herr Biel und Herr Fischer wollen, einzubauen.

Weber Leo: Herr Otto Fischer spricht immer vom Profiteur Staat. Ich möchte sagen: Etwas davon stimmt. Aber ich frage Sie: Wie hätten unsere Gemeinden, wie hätten unsere Kantone und wie hätte der Bund die forcierte Infrastruktur der letzten 15 oder 20 Jahre finanzieren können ohne die kalte Progression? Wir wollen uns völlig im klaren sein, dass die öffentliche Hand in den letzten 20 Jahren weitgehend von der kalten Progression gelebt hat, sonst wären unsere Infrastrukturausgaben heute nicht finanziert. Das ist das eine.

Die Gemeinden schwimmen heute im Geld, den Kantonen geht es gut, nur dem Bund geht es noch schlecht. Auf Gemeinde- und Kantonsebene kann man heute mit Fug und Recht über die Frage diskutieren: Soll man die kalte Progression in der heutigen Zeit, wo genügend Geld vorhanden ist, ganz oder teilweise ausschalten? Auf Bundesebene geht das heute noch nicht oder wäre mindestens viel schwieriger, weil sich die Eidgenossenschaft finanzpolitisch noch in einem Wellental befindet und nicht hochgeschwemmt worden ist, wie das bei den anderen Körperschaften zutrifft. Ich bin mit Herrn Biel einverstanden, dass diese Frage vielleicht von der Kommission nicht ganz befriedigend gelöst worden ist. Das Anliegen der Minderheit existiert auf Bundesebene.

Aber ich glaube, es gibt zwei Grenzen, die beachtet werden müssen. Die erste Grenze liegt in den finanzpolitischen Notwendigkeiten. Der Bund braucht heute dieses Geld noch. Es kommt vielleicht einmal eine Zeit, wo er

auch darauf verzichten kann, aber im Augenblick kann er es nicht. Er braucht es aber auch deshalb mehr als die Gemeinden und die Kantone, weil seine Einnahmемöglichkeiten viel beschränkter sind als bei den Gemeinden und den Kantonen. In den Gemeinden können Sie Steuersätze ohne grosse Schwierigkeiten erhöhen und senken, und auch bei den Kantonen geht das in den meisten Fällen noch relativ einfach. Der Bund hat aber ein völlig unbewegliches Einnahmensystem, das nur mit grossem Aufwand geändert werden kann.

Die zweite Grenze liegt in der Bewegungsfreiheit. Der Bund muss in dieser Frage Bewegungsfreiheit behalten. Deshalb kann ich keinem Vorschlag zustimmen, der eine starre Lösung bringt, wie zum Beispiel der Antrag Kohler, so sympathisch mir dieser Antrag an sich ist. Er bringt eine völlig starre Lösung, nämlich den absolut vollen Ausgleich der kalten Progression. Das werden wir zurzeit nicht machen können, weil die finanzpolitische Situation des Bundes einfach noch anders ist.

Ich glaube nicht, dass die Frage auf Verfassungsebene gelöst werden kann. Diese Frage kann in einem differenzierten Verfahren nur durch ein Gesetz gelöst werden. Artikel 41ter Absatz 6 verlangt ja, dass das, was in diesem Verfassungsartikel steht, auch die Ausschaltung der kalten Progression, durch Gesetz geregelt werden muss. Ich glaube deshalb, dass die derzeitige Bestimmung im Prinzip genügt. Wenn Sie auf Bundesebene etwas machen wollen, müssen Sie differenziert vorgehen. Dazu braucht es ein Gesetz. Sie können die Verfassung nicht direkt anwenden.

Frau Uchtenhagen, Berichterstatterin: Ich glaube, wir sollten die Diskussion wieder etwas versachlichen. Zunächst gilt es ganz klar zu unterscheiden, von was wir reden. Es gibt das Problem Ausgleich der kalten Progression, d. h. der Teuerung und der Reallohnsteigerung, die bis jetzt angelaufen ist, und es gibt die Frage, wie wir das Problem in der Zukunft angehen sollen.

Ueber die erste Frage, wie man die Teuerung und die Reallohnsteigerungen der letzten fünf, sechs Jahre ausgleichen soll oder muss, hat die Kommission lange und eingehende juristische und politische Debatten geführt. Einen Teil davon haben Sie noch mitbekommen. Letztlich waren das reichlich theoretische Debatten, denn wir alle mussten einfach zur Kenntnis nehmen, dass es in der heutigen Finanzlage des Bundes gar keine Möglichkeit gibt, die kalte Progression auszugleichen – so gerne wir das getan hätten. Es fehlen dazu 800 Millionen, die wir von den genau gleichen Stimmbürgern hätten nehmen müssen, denen wir sie wieder zurückgegeben hätten. Das wäre eine ziemlich sinnlose Uebung.

Eine andere Frage ist jene, die wir jetzt diskutieren: nämlich wie man das Problem in Zukunft angehen soll. Wir haben hier drei Varianten. Der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission schlagen Ihnen vor, bei der bisherigen Regelung zu bleiben, dass die kalte Progression periodisch auszugleichen sei. Die Minderheit I, vertreten durch Herrn Kohler, schlägt Ihnen vor, dass man bei jeder Veranlagung diese Teuerung oder die Reallohnsteigerungen ausgleichen müsse. Die Minderheit II möchte einen Ausgleich von mindestens 50 bis 90 Prozent gewähren. Ich glaube, wir müssen sehen, dass wir in der Sache gar nicht so uneins sind. Ich war ein bisschen erstaunt über die Vehemenz dieser Diskussion. Es geht hier zwar – das möchte ich ganz klar betonen – um eine der ganz wesentlichen Fragen des erreichten Konsenses, aber nicht weil wir über die Sache des Ausgleiches differieren, sondern darin, wie man das Problem anzugehen hat. Wenn man die kalte Progression vollkommen ausgleichen will, dann müssen Sie den Tarif um die jeweilig angestiegenen Preise strecken, Sie müssen aber auch alle Abzüge um den entsprechenden Prozentsatz erhöhen. Wenn Sie das bei jeder Veranlagung tun, hätten wir zum Beispiel, bezogen auf die heutige Situation, folgendes Problem:

Die 3 Milliarden Einkommen, die sich aus der direkten Bundessteuer ergeben, haben wir bis jetzt, wenigstens nach der Mehrheit der Kommission, um 230 Millionen reduziert. Es verbleiben also 2770 Millionen. Das wäre auf die Veranlagungsperiode 1984/85 bezogen. Der erste Ausgleich der kalten Progression würde aber erst im Jahre 1987 erfolgen. Wenn Sie nun von einer Veranlagungsperiode auf die andere eine Teuerung von 5 Prozent haben, schafft das Ausfälle von 160 Millionen, bei einer Teuerung von 10 Prozent bereits Ausfälle von 350 Millionen. Die Zahl, die Herr Jaeger genannt hat – 30 Millionen –, ergibt sich bei der sehr optimistischen Annahme einer Teuerung von 3 Prozent. Es handelt sich um eine Art exponentielle Kurve, d. h. es geht sehr rasch in die Höhe. Bei 15 Prozent machte es bereits von einer Veranlagungsperiode auf die andere 530 Millionen aus. Dabei wird nicht der ganze Betrag gerechnet, den die Steuerzahler mehr bezahlen müssten; denn unter der kalten Progression verstehen wir ja nur jenen Anteil, der durch das Hinaufrutschen in eine höhere Progression entsteht. Dass wir bei gestiegenen Löhnen und Preisen von 10 Prozent auch 10 Prozent mehr Steuern bezahlen müssen, ist absolut klar. Das hat nichts mit kalter Progression zu tun; der Steuersatz bleibt ja der gleiche.

Nun muss ich Ihnen sagen, dass Sie, wenn Sie ständige Tarifstreckungen durchführen, innert weniger Jahre zu vollkommen unmöglichen Tarifen kommen werden, weil bei uns ja die Höchstsätze in der Verfassung festgelegt sind.

Am meisten Interesse am Ausgleich der kalten Progression haben die kleinen und mittleren Einkommen, insbesondere aber die Einkommen zwischen 40 000 und 100 000 Franken. Dort ist die Progressionskurve am steilsten. Von 392 000 Franken Einkommen an existiert das Problem gar nicht mehr, weil die Tarife dort nicht mehr hinaufgehen.

Ich stehe voll hinter der Initiative im Kanton Zürich, die den Ausgleich ganz unten und in der Mitte verlangt und nicht von einem totalen Ausgleich spricht. Das hätten wir tun können, wenn wir die Rabatte akzeptiert hätten. Diese Rabatte wurden aber hier mehrheitlich abgelehnt. Wenn man die kalte Progression ausgleicht – was sicher richtig wäre –, müsste allerdings auch die Gegenwartsbesteuerung eingeführt werden. Sie können nicht Steuern auf Einkommen erheben, die vier, fünf Jahre zurückliegen, und dann noch den vollen Ausgleich der kalten Progression gewähren.

Den Antrag der Minderheit II finde ich psychologisch schlecht, Herr Flubacher. Ich glaube nämlich, dass, wenn von 50 bis 90 Prozent Ausgleich gesprochen wird, zum vornherein nur mit 50 Prozent zu rechnen ist. Und das finde ich zu wenig. Wenn wir einmal das Haushaltsgleichgewicht gefunden haben und wissen, wie wir diesen Staat finanzieren, dann müssen wir dieses Problem angehen. Und zwar müssen wir es seriös angehen.

Und jetzt kommt der Haupteinwand: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass die Kommission das Problem, wie man den Ausgleich der kalten Progression bewerkstelligen soll, nicht sorgfältig geprüft hat. Es tut mir leid, dass ich das sagen muss. Wir haben das in der letzten Sitzung gemacht. Wir hatten keine Möglichkeiten mehr, Unterlagen zu verlangen, um zu wissen, wie man das Problem lösen kann. Wir haben das gewissermassen übers Knie gebrochen. Und deswegen nun auch diese ganz grossen Diskussionen!

Gestatten Sie, wenn ich jetzt etwas ausführlicher bin. Ich war sonst, hoffe ich, relativ kurz. Ich habe mir die Mühe genommen und die kantonalen Regelungen angeschaut. Da sieht man dann sehr rasch, dass es so nicht zu machen ist, wie es hier vorgeschlagen wird, wenn man es seriös machen will.

Dreizehn Kantone kennen heute Vorschriften, wie der Ausgleich der kalten Progression durchzuführen ist. Vier davon machen es nur beim Tarif, drei nur bei den Abzügen, sechs machen es bei Tarif und Abzügen. Jetzt kommt aber

gleich das Aber: Einige kennen die Muss-Formel, andere die Kann-Formel, einige verlangen den vollen Ausgleich, andere den teilweisen. Die Zuständigkeit ist völlig unterschiedlich, zum Teil ist es das Parlament, zum Teil die Regierung, und wenn Sie dann die Gesetzesregelungen anschauen, sind überall noch andere Kriterien einbezogen. Da heisst es etwa: ganz oder teilweise. Oder es heisst: ob und wie die Steuerbelastung den veränderten Verhältnissen anzupassen sei, entscheide das Parlament. Oder es heisst: wenn die Teuerung 15 Prozent erreicht habe, solle das Parlament Anträge einbringen. Oder es heisst: es sei der Wirtschaftslage oder dem Finanzhaushalt Rechnung zu tragen.

Ich denke, da steckt das tatsächliche Problem. Herr Kaufmann, ich bin dagegen, dass wir hier in diesem grossen Rat Dinge übers Knie brechen und sagen, wir hatten ja da drüben noch einen Zweitrat, und der könnte unsere Fehler korrigieren. Wenn der Ständerat eine seriöse Lösung erarbeiten will, dann soll er das tun. Aber wir müssen ihn nicht dazu zwingen, indem wir zuerst eine schlechte Lösung beschliessen.

Ich bitte Sie deshalb sehr, hier nicht kurzerhand etwas zu beschliessen: Etwas, das sich letztlich nicht verantworten lässt, weil wir eben diese festen Sätze in der Verfassung haben, weil wir keine Variabilität haben, weil wir nicht wissen, wie es geschehen soll, wer es tun soll, und weil viele andere Fragen noch ungeklärt sind. Bemühen wir uns jetzt einmal, diesen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen! Das ist unsere Pflicht. Und dann können wir, müssen wir den Stimmbürger davor schützen, dass er immer wieder in ungerechtfertigte höhere Progressionsstufen hinauftrutscht. Aber setzen Sie Prioritäten, stimmen Sie der Mehrheit der Kommission zu!

Die Anträge in der Kommission wurden folgendermassen abgelehnt:

In einer ersten Abstimmung unterlag der Antrag Kohler mit 15 zu 5 Stimmen dem Antrag Kaufmann. Herr Kaufmann war damals noch gemässigter. Er verlangte erst bei 15 Prozent diese Neuapassung.

Dann kam eine Zweitabstimmung: Antrag Flubacher gegen Antrag Kaufmann. Flubacher siegte mit 12 gegen 6 Stimmen. Die schwächere Version hatte sich durchgesetzt, eine vielleicht zu schwache, wenn wir das Problem seriös angehen wollen.

In der dritten Abstimmung hat, scheint mir, der bon sens der Kommission gesiegt. Der Antrag des Bundesrates ob siegte mit 20 zu 6 Stimmen gegen den Antrag Flubacher.

Ich möchte Sie dringend bitten, der Mehrheit der Kommission zu folgen und jetzt nicht kurz etwas übers Knie zu brechen, das wir nicht eingehend studiert und geregelt haben.

M. de Chastonay, rapporteur: On vous a décrit dans quelle mesure, jusqu'ici, la Confédération était à même de compenser – bien imparfaitement d'ailleurs, il faut le reconnaître – les effets de la progression à froid de l'impôt. Souvenez-vous de l'étiirement de 10 pour cent du barème de l'impôt en 1973, souvenez-vous de la compensation partielle en 1975 par la réduction de 70 francs sur le montant de l'impôt dû par les personnes mariées.

D'autres tentatives, il vous en souvient également, ont eu lieu en 1976 et 1978 avec les défunts projets de TVA. Dans tous ces cas, la compensation n'était de toute façon pas totale, soit en raison de l'état précaire des finances fédérales – c'est un argument qui avait déjà été invoqué à l'époque – soit pour des raisons politiques. Cette compensation était en outre différenciée en fonction des petits, moyens et forts revenus, la perte d'impôts qui en résultait étant couverte par des recettes supplémentaires procurées par la nouvelle imposition sur la consommation, à savoir la TVA.

Si l'on examine – et cela est très intéressant – la pratique suivie par les cantons en matière de compensation de la progression à froid, on constate que, jusqu'à ce jour, 12

cantons de notre pays connaissent ce principe de compensation avec toutefois de très sensibles différences d'un canton à l'autre. Certains pratiquent l'indexation du barème de l'impôt sur le revenu. Ce sont les cantons de Bâle-Campagne, du Valais et de Fribourg. D'autres pratiquent les déductions directes: il en est ainsi à Zoug et à Soleure. Un troisième groupe connaît un système hybride touchant à la fois au barème et à la déduction directe: Berne, Tessin, Argovie pour ne citer que ceux-là. D'autre part, l'indexation est facultative dans certains cantons qui peuvent compenser, il s'agit de l'Argovie et du Valais, alors qu'elle est obligatoire dans les autres qui doivent compenser en tout ou partie la progression à froid. On a suffisamment cité l'exemple typique de Bâle-Campagne qui avait compensé totalement à l'époque, pour que je me dispense d'y revenir. Ensuite, il y a aussi des systèmes de compensation de l'ordre de 50 à 90 pour cent qui vont dans le sens de la proposition de la minorité II; ceux-ci doivent intervenir dès que le renchérissement atteint 5, 8, 10 ou 15 pour cent.

Enfin, je dois préciser que l'application de la compensation relève selon les cantons soit de l'exécutif, soit du législatif. Si je me suis référé à la pratique cantonale en la matière, c'est pour mieux situer la complexité dans laquelle nous placent les propositions de minorité I et II qui ont été faites ici. En effet, on a soulevé tout à l'heure la question de savoir à qui incomberait la compétence d'appliquer la compensation: au Parlement? Au Conseil fédéral? La minorité I nous a maintenant précisé que ce rôle serait attribué au Conseil fédéral. Par contre, la proposition de la minorité II reste absolument muette à ce sujet. Le problème est aussi posé de savoir à quel critère, à quelle échelle, à quel barème nous devrions accrocher le point de départ de la compensation. C'est là un point important.

J'aborde maintenant la troisième série de questions que l'on peut se poser: à quelle époque de l'année doit-on examiner le renchérissement, est-ce au 1er janvier, est-ce au 1er juillet de l'année précédent la période fiscale? Nous n'en savons rien, nous n'en avons pas débattu au sein de la commission: donc autant de questions posées, autant de réponses insatisfaisantes.

Il y a plus et je crois que nos collègues qui m'ont précédé à cette tribune, MM. Barchi, Muheim et Léo Weber, ont été très explicites à ce sujet: la pleine compensation coûterait beaucoup trop cher à la caisse fédérale. Sur la base des estimations qui nous ont été remises, l'impôt fédéral direct touchant les personnes physiques est censé rapporter pour la période 1986 et 1987, 2 milliards 770 millions en chiffre rond. En admettant un taux de renchérissement de l'ordre de 10 pour cent, c'est la somme de 3 milliards 400 millions que l'on obtient. Au cas où nous compenserions à plein les effets de la progression à froid à raison de 10 pour cent, l'augmentation de la matière fiscale ne s'élèverait qu'à 3 milliards 50 millions. En d'autres termes, en admettant la compensation totale de la progression à froid, la Confédération devrait, dans les années 1986 et 1987, renoncer à peu près à 350 millions de francs par an constitués par la différence entre les 3 milliards 400 millions et les 3 milliards 50 millions que j'ai évoqués tout à l'heure.

Cela revient à dire que la compensation des sommes échappant à la caisse fédérale du fait de l'atténuation de la progression à froid devrait être couverte par un élargissement de l'assiette de l'impôt. Je m'abstiens de citer ici une foule d'autres exemples qui tendent à prouver que même pour les petits revenus, la compensation telle que préconisée par les minorités I et II n'est pas très satisfaisante puisque le contribuable ne s'apercevra même pas de l'application de ce principe. Par contre, la caisse fédérale, elle, fera les frais de l'opération.

Vaut-il dès lors la peine de jouer le jeu d'une compensation de la progression à froid alors que, pour un taux de renchérissement de 5 pour cent, selon la minorité I, nous per-

drions 160 millions, selon la minorité II, de 80 à 144 millions; pour un renchérissement de 10 pour cent, selon la minorité I, nous perdrons 350 millions, selon la minorité II, 175 à 315 millions et avec une compensation de 15 pour cent, selon la minorité I, la perte serait de 530 millions et selon la minorité II, de 265 à 477 millions. Ces chiffres, calculés par l'administration fédérale des contributions, sont sensiblement plus élevés que ceux que MM. Jaeger et Kohler ont cités.

Cela dit, je crois qu'il faut conserver dans sa teneur actuelle le dernier alinéa de l'article 41ter, lettre c, de la constitution, tout en souhaitant que l'état des finances fédérales puisse permettre au Conseil fédéral de procéder à certaines compensations par les voies qu'il jugera utile de nous proposer.

Je voudrais revenir sur un dernier point important qui n'a pas été évoqué à cette tribune. J'y ai fait allusion tout à l'heure, lors du débat d'entrée en matière. Il est extrêmement dangereux d'introduire dans la constitution des notions et des mécanismes touchant à l'automaticité de certaines dispositions ou de certaines mesures telles que la compensation automatique du renchérissement, l'atténuation automatique de la progression à froid. Je ne rappellerai pas ici les expériences fort désagréables qui ont déjà été faites dans ce domaine, expériences dont nous aurions, nous aussi, à pâtrir. En effet, l'automatisme, tel qu'il est proposé par les minorités I et II de la commission et inscrit de plus dans la constitution, nous impose certaines démarches là où précisément ces démarches sont inopportunies, là où parfois la situation conjoncturelle nous empêche de les entreprendre, là où précisément nous devrions parfois les entreprendre à un prix trop élevé pour la caisse fédérale. Il faut donc nous garder de nous imposer des carcans trop rigides: les contribuables que vous êtes et que je suis préfèrent supporter une certaine progression à froid, compensée tant bien que mal, de temps à autre, par l'augmentation des déductions sociales plutôt que d'en voir l'atténuation automatique, totale ou partielle compensée par le prélèvement de recettes fiscales supplémentaires. Je vous demande donc de rejeter les minorités I et II et de vous rallier à la proposition de la majorité et du Conseil fédéral.

Bundesrat Ritschard: Ich denke, dass es alle, denen es wirklich darum geht, mit einer Verlängerung dieser Finanzordnung die Sanierung der Bundeskasse einzuleiten, bedauern, dass nun diese Frage der kalten Progression fast zu so etwas wie einer Schicksalsfrage für diese Vorlage hochstilisiert wird. Das muss man bedauern. Das ist sie vor allem auch deshalb nicht wert, weil der Grundsatz ja in keiner Weise bestritten ist. Es steht in der Vorlage des Bundesrates, und die Mehrheit der Kommission hat so beschlossen, dass die kalte Progression beseitigt werden solle, und der Bund hat das auch getan, 1973 und 1975. Als dann diese Vorlagen über die Mehrwertsteuer verworfen wurden und der Bund schon sehr stark defizitär war, da hätte es wahrscheinlich nicht einmal mehr der Bürger selber, der ja auch daran interessiert ist, dass dieser Bund nicht vorwiegend Steuern einziehen muss, um die Zinsen zu bezahlen, verstanden, wenn man zwischenhinein, zwischen zwei Volksabstimmungen, die innerhalb von zwei Jahren stattgefunden haben, noch husch husch schnell eine Vorlage zur Beseitigung der kalten Progression eingeleitet hätte. Ich glaube, das wäre wirklich nicht verstanden worden.

Ich möchte sagen, wenn man schon dem Bundesrat so wenig traut, dann sollten Sie sich auch daran erinnern, dass es in Ihren Händen liegt, den Bundesrat jederzeit aufgrund dieser jetzt vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung zu veranlassen – wenn Sie das als nötig empfinden –, diese Vorlage zu unterbreiten und diese kalte Progression zu beseitigen, wenn es nach Ihrer Meinung diesbezüglich zu wenig rasch geht.

Da muss man halt wirklich fragen, bei aller Sorge um die

Steuergerechtigkeit – es ist gesagt worden, die Defizite sind da, der Bund müsse nicht weniger, er sollte eigentlich mehr Geld haben; das ist, wie ich glaube, allgemeine Überzeugung –, ob es denn eine sehr sinnvolle Uebung ist und ob sie überhaupt bestanden wird, wenn man auf einer Seite dem Bürger über einen Automatismus Geschenke macht und in einem anderen Hand aus dem anderen Sack, dieses Geschenk in einer anderen Form wieder wegnimmt, vielleicht durch eine andere Steuer, vielleicht durch einen anderen Tarif oder mit einem Steuerzuschlag.

Ich weiss nicht, ob das sehr vernünftig ist und ob man das nicht einfacher haben könnte. Ich lege halt die Automatismen etwas anders aus als Otto Fischer. Normalerweise wirft er uns diese automatischen Ausgabenerhöhungen ja vor – er kritisiert sie, in vielen Punkten auch zu Recht –, und deshalb, ich habe es gestern gesagt, sind wir auch daran, das Problem dieser Ausgabautomatismen, dieser Ausgaben, die ansteigen, ohne dass wir etwas dazu tun können, einmal genau anzusehen und zu prüfen, ob man dem nicht entgegen wirken könnte. Wir kennen sehr viele Automatismen, und diese stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem, was wir jetzt beraten. Wir haben die Zinsen, die steigen, gut, das ist etwas, da kann man offenbar nichts tun, wir haben die alle zwei Jahre steigenden AHV-Renten, wir haben die Besoldungen, bei denen die Teuerung ausgeglichen werden muss, wir hatten einen Automatismus beim Landwirtschaftsgesetz, wo auch die neuen Anpassungen kommen – oder kommen sollten, wird Herr Reichling sagen –, wir haben die Defizitdeckungen bei den Bahnen, wir haben sie bei der Käseunion, alles Ausgaben, die sich automatisch erhöhen und anfallen, und man kann nichts dagegen unternehmen, weil all das in Gesetzen und in der Verfassung festgelegt ist.

Und nun kommt man mit einem neuen Automatismus, Herr Kohler will ihn, auch ein Finanzdirektor; er müsste es eigentlich wissen, der im Anblick dieser automatisch steigenden Ausgaben die Einnahmen automatisch senken will. Ich verwundere mich wirklich nicht mehr, wenn der Bund mit seinen Finanzen bald aus dem letzten Loch pfeifen muss. Sie haben wahrscheinlich jeder einzelnen dieser Ausgabautomatismen zugestimmt, Herr Kohler: Anpassung der Renten, Anpassung der Besoldung, natürlich, nun aber kommen Sie und wollen automatisch noch die Einnahmen senken! So kann das natürlich nicht zusammenkommen, und ich wiederhole es; es kann wenig sinnvoll sein – es muss nicht immer –, hier einen solchen Automatismus einzuführen. Ich würde da doch etwas differenzierter vorgehen. Herr Barchi und Leo Weber haben es gesagt, so etwas gehört sicher nicht als Dauerbestimmung in die Verfassung; in Artikel 41 der Übergangsbestimmung, das könnte man noch diskutieren. Aber das sollte man im Gesetz einigermaßen zu regeln versuchen und es nicht als eine Mumie dauernd in dieser Verfassung verankern.

Mir macht auch das etwas Sorgen, was Leo Weber vorhin angetötet hat: in welcher Weise man hier von diesem Staat, von diesem Bund als Profiteur und in anderer Weise spricht. Herr Kaufmann hat sogar gesagt, das sei meine Finanzordnung, deshalb müssten die Sozialdemokraten gegen diese Sache sein. Ich habe mit den Sozialdemokraten nie – ich war damals krank – über diese Finanzordnung gesprochen. Ich habe da keine persönlichen Interessen zu vertreten; persönlich könnte – ich sage, könnte – mir diese Sache auch einigermaßen gleichgültig sein, ich könnte das ja berufsmässig machen, ich verdiente keinen Cent daran. Das ist durchaus in Ordnung, nur das, was hier die Sozialdemokraten tun, das müssen sie selber entscheiden.

Aber es wird wirklich tatsächlich hier in diesem Saale, in dem die Vertreter unseres Volkes, das diese Eidgenossenschaft bildet, dieser Bund, diese Eidgenossenschaft als ein Gegenüber empfunden, und man diskutiert hier, als ob es nur darum gehen könnte, diesem Bund um Gottes Willen

das Geld wegzunehmen oder möglichst wenig zu geben und bei anderer Gelegenheit dann wieder sehr viel von ihm zu nehmen!

Ich glaube, wir sollten hier wirklich von diesem Gegenüber zum «wir», zur Eidgenossenschaft kommen; gemeinsam wollen wir das Beste suchen und nicht immer diesen Gegensatz hochspielen, der ja wirklich nicht existieren darf, sonst müssten wir uns dann nicht verwundern, wenn sich der Bürger immer mehr von dieser Eigenossenschaft, von diesem Bund entfremdet. Es kann doch nicht Aufgabe des Parlamentes sein, das zu fördern! Wenn da – wie das Otto Fischer oder Herr Schüle es tun – vom Bund als Profeiteur gesprochen wird, dann ist das eine Anklage an das Parlament und an das Volk überhaupt. Denn dieser Bund ist nicht der Bundesrat und ist nicht die Kommissionspräsidentin oder der französische Sprecher oder die Kommission. Das ist die Eidgenossenschaft, die Sie hier in diesem Saale repräsentieren; und es scheint mir, so sollte man eigentlich auch als Parlamentarier handeln.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	117 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	55 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	126 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	40 Stimmen

Ziff. II Ingress, Art. 8 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II préambule, art. 8 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Frau Uchtenhagen, Berichterstatterin: Ich muss Sie hier auf eine kleine Änderung aufmerksam machen. Im Abschnitt I steht das Datum 31. Dezember 1974, während in der neuen Vorlage, über die wir jetzt beraten, gesagt wird: «Unter Vorbehalt von Bundesgesetzen im Sinne von Artikel 41ter bleiben die am 31. Dezember 1981 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer, die direkte Bundessteuer (Wehrsteuer) und die Biersteuer in Kraft mit den nachstehenden Änderungen.» Was heißt das? Es bedeutet, dass ein Gesetz, über das wir in der Kommission auch diskutiert haben, in Kraft bleibt, es ist das Gesetz vom 31. Dezember 1978, mit dem das Wehrsteuerrecht korrigiert wurde. Es handelt sich um den Wehrsteuerbeschluss, der dahingehend abgeändert wurde, dass die Abschreibungssätze erhöht und die Verlustvortragsperioden verlängert wurden. Das war damals ein Dringlicher Bundesbeschluss, der Ende 1982 auslaufen würde. Mit dieser Bestimmung nehmen Sie es ins ordentliche Recht auf, so dass es weiterhin in Kraft bleibt. Das war ein Entgegenkommen an die Wirtschaft, die das verlangt hat. In der Kommission wurde die neue Version bestritten. Man hat sie aber mit 20 gegen 8 Stimmen gutgeheissen. Ich bitte Sie, die Vorlage, so wie sie jetzt ist, anzunehmen.

M. de Chastonay, rapporteur: Je tiens simplement à vous rendre attentifs à la différence qui existe entre l'article 8 des dispositions en vigueur actuellement et l'article 8 des propositions de la commission et du Conseil fédéral.

L'article 8 actuellement en vigueur précise ce qui suit: «Restent en vigueur sous réserve de lois fédérales au sens de l'article 41ter les dispositions applicables le 31 décembre 1974 à l'impôt sur le chiffre d'affaires»... La proposition du nouvel article 8, 1er alinéa, est la suivante: «Sous réserve de la législation fédérale prévue à l'article 41ter, les dispositions applicables le 31 décembre 1981 à l'impôt de défense nationale et à l'impôt sur le chiffre d'affaires»...

Voyez donc la différence des dates qui sont citées dans ces textes.

Cet alinéa que nous vous proposons avec le Conseil fédéral prévoit que le droit en vigueur à la fin de 1981 est prolongé sans modification pour les impôts qui sont énumérés à l'article 41ter de la constitution, dans la mesure où l'alinéa 2 pour l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'alinéa 3 pour l'impôt de défense nationale ne prévoient pas expressément d'autres dispositions.

Des modifications ultérieures par la voie de lois fédérales au sens de l'article 41ter de la constitution restent évidemment réservées et l'arrêté fédéral du 15 décembre 1978 fait aussi partie du droit régissant l'impôt de défense nationale en vigueur le 31 décembre 1982. Cet arrêté, vous le savez, a modifié celui concernant l'impôt de défense nationale en ce sens que les taux d'amortissement ont été majorés et les périodes de report des pertes ont été prolongées. La validité de cet arrêté fédéral qui fut déclaré urgent en vertu de l'article 89bis de la constitution, 1er alinéa, est limitée à fin 1982. Cependant, grâce à la rédaction qui vous est proposée aujourd'hui par le Conseil fédéral, approuvée par la commission, grâce à une innovation, l'on transfère dans le droit ordinaire les dispositions régissant l'impôt de défense nationale. Cela répond à des impératifs d'ordre économique et il est indiqué, pour ces raisons, de maintenir ces innovations qui sont d'ailleurs propres à stimuler les investissements et, partant, à améliorer la productivité. Je vous invite donc à suivre purement et simplement la proposition de la commission et du Conseil fédéral.

Art. 8 Abs. 2

Antrag der Kommission

Ingress, Bst. b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Bst. a

Mehrheit

... bei Detaillieferungen 6,2 und bei Engroslieferungen 9,3 Prozent ...

Minderheit

(Biel, Aubry, Blocher, Bremi, Flubacher)

... bei Detaillieferungen 6 und bei Engroslieferungen 9 Prozent ...

Art. 8 al. 2

Proposition de la commission

Préambule, let. b

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. a

Majorité

L'impôt s'élève à 6,2 pour cent ...

... et à 9,3 pour cent ...

Minorité

(Biel, Aubry, Blocher, Bremi, Flubacher)

L'impôt s'élève à 6 pour cent ...

... et à 9 pour cent ...

Le président: Concernant la lettre a (taux de l'impôt), vous vous êtes déjà déterminés à l'article 41ter, 3e alinéa, à propos de la proposition Biel. Nous n'y reviendrons donc pas.

Angenommen – Adopté

Art. 8 Abs. 2 Bst. c**Antrag der Kommission****Mehrheit**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Nebiker, Blocher, Bonnard, de Chastonay, Hofmann, Junod)

Selbstkelternde Weinbauern mit mehr als 3 Hektaren selbstbewirtschafteter Rebfläche sind steuerpflichtig.

Antrag Massy

Streichen

Antrag Reichling

Selbstkelternde Weinbauern mit mehr als 5 Hektaren selbstbewirtschafteter Rebfläche sind steuerpflichtig.

Art. 8 al. 2 let. c**Proposition de la commission****Majorité**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Nebiker, Blocher, Bonnard, de Chastonay, Hofmann, Junod)

Les viticulteurs encaveurs cultivant une surface supérieure à 3 hectares sont contribuables.

Proposition Massy

Biffer

Proposition Reichling

Les viticulteurs encaveurs cultivant une surface supérieure à 5 hectares sont contribuables.

Nebiker, Sprecher der Minderheit: Nach diesen schwerwiegenden und tiefgreifenden Diskussionen über Inflation usw. nun eine etwas leichtere Kost über etwas Angenehmeres, über Wein.

Nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe c der Uebergangsbestimmungen sollen neu die Weinbauern mit einem Weinverkauf von über 35 000 Franken steuerpflichtig werden. Es handelt sich hier um die sogenannten selbstkelternden Weinbauern, also um Weinbauern, die den Wein selbst anbauen, ihn selbst keltern oder keltern lassen und ihn dann direkt verkaufen. Diese sollen neu der Steuerpflicht, der Warenumsatzsteuer unterstellt werden und sollen nicht mehr wie die Landwirtschaftsbetriebe ganz allgemein behandelt werden, die nicht steuerpflichtig sind.

Die Unterstellung der selbstkelternden Weinbauern unter die Warenumsatzsteuer ist eine Frage des Steuerertrages. Es geht also hier nicht um ein fiskalisches Problem. Die Einnahmen würden ohnehin nur 1,8 bis 2 Millionen Franken brutto ausmachen, und die Umliebe wären erheblich. Die Unterstellung unter die Warenumsatzsteuer erfolgt auf Begehrungen der Weinhändler, der grossen Weinbaugenossenschaften und Weinhandelsgenossenschaften. Sie machen Wettbewerbsverzerrung geltend und fühlen sich durch diese kleinen Bauern außerordentlich konkurrenzieren. Die Ursache dieser angeblichen Wettbewerbsverzerrungen liegt darin, dass der Wein über den Handel der Warenumsatzsteuer unterstellt ist und dass die selbstkelternden Weinbauern Wein liefern können, ohne dafür Warenumsatzsteuer bezahlen zu müssen, wenn sie den Wein direkt an den Konsumenten oder an den Restaurateur liefern. Wenn der Wein von selbstkelternden Weinbauern – das ist nach wie vor so – über den Weinhandel geht, unterliegt er selbstverständlich der Warenumsatzsteuer. Der Weinbauer wurde bisher also genau gleich wie ein Landwirtschaftsbetrieb behandelt, dessen Produkte wie normale Lebensmittel – also Obst, Gemüse usw. – nicht der Wa-

renumsatzsteuer unterliegen. Der Antrag der Minderheit geht nun nicht dahin, die Weinbauern generell von der Steuerpflicht zu entbinden, sondern wir stellen uns zwei Ziele:

1. Die Grenze der Steuerpflicht, von der an man die Warenumsatzsteuer abrechnen und bezahlen muss, soll vernünftig gesetzt werden. Das ist eine erhebungökonomische Frage.

2. Der Begrenzungsmassstab, d. h. der Beginn, ab dem die Steuerpflicht eintritt, soll nicht durch Franken, sondern durch die Anbaufläche begründet werden.

Zum ersten Punkt, zur Grenze der Steuerpflicht: Die 35 000 Franken Umsatz entsprechen der allgemeinen Regel gemäss Artikel 8 im Bundesratsbeschluss über die Warenumsatzsteuer. Dieser Umsatz entspricht einer Anbaufläche von 40 bis 50 Aren Rebfläche, und damit werden auch Hobby-Rebbauer, Nebenerwerbsbetriebe usw. erfasst. Diese Erfassung ist für den Fiskus absolut uninteressant und unrentabel, und für den Rebbauer bedeutet dies eine Schikane, wird er doch gegenüber den andern Landwirten benachteiligt. Wir schaffen uns unnötige Opposition, man denke nur an alle die Gespräche in den verschiedenen gemütlichen Weinkellern.

Die Begrenzung allerdings erachten wir als grundsätzlich richtig, und die Grenze sollte etwas über dem normalen existenzfähigen Familienbetrieb, den wir erhalten wollen, gesetzt werden. Hier geht es, bei dem Rebbaubetrieb, um einen existenzfähigen Betrieb, der interesserweise keine Subventionen bezieht, und den sollten wir wie einen normalen Landwirtschaftsbetrieb behandeln. Der Steuerpflicht unterstellt werden sollten lediglich die Betriebe, die eher als gewerbliche Betriebe bzw. als Grossbetriebe betrachtet werden können. Die kleinen und mittleren Familienbetriebe bilden auch keine ernsthafte Konkurrenz zu den grossen Weinbaugenossenschaften und zum Weinhandel. Sie setzen lediglich etwa 2 Prozent des Weines um. Es kann auch keine Wettbewerbsverzerrung stattfinden; denn gerade diese kleineren Weinbauern müssen mit höheren Produktionskosten rechnen, da ihre Anlagen schlechter ausgenutzt werden als grosse Anlagen und Einrichtungen, wie sie bei den Grosskellereien und beim Weinhandel anzutreffen sind. Auch die ganzen Verkaufsumtriebe sind natürlich bei einem kleinen Produzenten wesentlich aufwendiger als bei einem grossen Händler oder einer grossen Genossenschaft, so dass es heute eine Tatsache ist, dass auch die selbstkelternden Weinbauern keineswegs den Wein billiger verkaufen können als diese grossen Weinhandelsfirmen.

Zum Punkt 2, zum Massstab der Steuerpflicht (Fläche statt Franken): Da muss man erwähnen, dass die 35 000 Franken ganz sicher ungerecht wären; denn die Weinbauern würden damit in der Bundesverfassung als einzige mit einer festgesetzten Limite belegt werden. Bei allen übrigen Wirtschaftsgruppen sind diese 35 000 Franken im Bundesratsbeschluss über die Warenumsatzsteuer enthalten und nicht in der Uebergangsbestimmung der Bundesverfassung. Das wäre also eine eindeutige Benachteiligung einer ganz kleinen Gruppe von Produzenten.

Zudem ist die Limite in Franken auch praktisch untauglich. Wie Sie wissen, schwanken die Erträge wie die Verkäufe im Weinbau jährlich außerordentlich stark. Man weiss also zum vorneherein eigentlich gar nicht, ob man warenumsatzsteuerpflichtig ist oder nicht. Das merkt man erst am Ende des Jahres. Wenn man sich hingegen auf die Fläche bezieht, dann weiss man: mit meiner Anbaufläche bin ich steuerpflichtig oder nicht. Der Ansatz von 3 Hektaren entspricht ungefähr einem leistungsfähigen Familienbetrieb, einem existenzfähigen Betrieb, der sicher erhaltenswürdig ist. Es entspricht ungefähr einem Umsatz von 200 000 Franken. Darüber kann man eher von gewerblichen oder sogar von industriellen Unternehmen sprechen.

Ich beantrage Ihnen also, diesem Antrag – es ist keine grosse Geschichte – ein gewisses Wohlwollen entgegenzubringen und der Minderheit zuzustimmen.

Reichling: Wenn Herr Kollega Nebiker in der Kommission an seinem ursprünglichen Antrag festgehalten hätte, nämlich diese Fläche auf 5 Hektaren festzusetzen, dann hätte ich ihn hier lediglich unterstützen können und hätte keinen eigenen Antrag stellen müssen. Er war offenbar der Auffassung, mit 3 Hektaren könne er in der Kommission einen Konsens herbeiführen. Das ist dann allerdings nicht möglich geworden.

Richtig ist, dass meine Argumente mit einigen Nuancen die gleichen sind, wie sie auch Herr Nebiker vorgetragen hat. Ich kann ihn deshalb eigentlich ergänzen. Ob Sie die Grenze für Steuerfreiheit auf 3 oder auf 5 Hektaren festsetzen, ist im Prinzip eine Ermessensfrage. Immerhin sind gewisse Dinge dabei zu beachten.

Dazu stelle ich als erstes einfach fest, dass es sich um ein Problem von Kleinbauernbetrieben handelt. Wir möchten, dass kleinbäuerliche Betriebe, bis zum Familienbetrieb, dieser Abrechnungspflicht der WUST nicht unterstellt werden. Durch die Einkelterung des selbstproduzierten Weines gelingt es solchen kleinen Existenz bei vorhandener Fläche, aus einem Teil- oder Nebenerwerbsbetrieb einen Vollerwerbsbetrieb zu machen, der die Weinbauernfamilie während des ganzen Jahres beschäftigt. Der Ablauf im Rebberg bringt zu gewissen Jahreszeiten eine Arbeitsspitze. In gewissen Monaten (Februar, März) sind weniger Arbeiten vorhanden. Durch die Kelterung werden diese Lücken sinnvoll ausgefüllt.

Nun zum Problem, ob es sich um eine Begünstigung handle, ob eine Wettbewerbsverzerrung stattfinde: Hierzu haben Sie unterschiedliche Schreiben von den interessierten Kreisen erhalten.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Selbsteinkellerer normalerweise in einer schlechteren Marktlage wohnen als die eigentlichen Weinhändler. Sie wohnen auf ihren Rebrieben. Sie wohnen in den kleinen Weinbaudörfern. Sie wohnen also nicht in der günstigen Marktlage, die sich ein Weinhandelsbetrieb verschafft, um nahe beim Kunden zu sein. Die Kunden müssen deshalb zu ihnen aufs Land fahren und vermehrte Wege in Kauf nehmen. Sie können dort in der Regel auch nicht ein ganzes Sortiment von Weinen einkaufen. Sie können eine bis zwei verschiedene Flaschenweinarten, weißes, rotes Gewächs, einkaufen. Wer ein reichhaltiges Sortiment im Keller wünscht, ist gezwungen, verschiedene Produzenten und Weinhandelsfirmen aufzusuchen. Im Verkauf ist deshalb der Händler im Vorteil.

Dann ist es ganz offensichtlich, dass die Kleinbauern im Einkauf auf Mengenrabatte weitgehend verzichten müssen: Allein beim Einkauf werden die Kosten wegen des kleinen Umsatzes, den sie erzielen, 8 bis 12 Prozent höher sein als in einem Weinhandelsbetrieb.

Der wesentlichste Unterschied im Kostensektor liegt aber bei der Lagerbewirtschaftung. Der Selbsteinkellerer muss eine Lagerkapazität haben, die einer Vollernte im Herbst entspricht, damit er seine Ernte einlagern kann. Ab Frühjahr beginnt der Abzug, das Lager entleert sich und steht während des Sommers bis zum Herbst, bis zur neuen Ernte, im Prinzip leer. Der Händler kauft in der Zwischenzeit, sobald er die ersten Abzüge gemacht hat, wieder Weine zu, kauft Importweine zu, kann sein Lager zwei- bis dreimal umschlagen, während das des Einkellerers eben leersteht. Dieser Kostennachteil allein ist bei allen Einkellern, auch den grossen, viel bedeutender als der Betrag der Warenumsatzsteuer. Also: auch bei den grossen Einkellern ist auf alle Fälle mit Sicherheit ein Kostennachteil aus der Lagerbewirtschaftung festzustellen; dieser kann grösser oder kleiner sein. Die Selbsteinkellerer haben auch keinerlei Möglichkeit, aus Importweinen Handelsgewinne zu erzielen.

Diese Kostennachteile des Kleinbetriebes, das ist zuzugeben, sind natürlich vom Umsatz abhängig. Deshalb finde ich es auch richtig, dass nach oben eine Grenze gesetzt wird und die Einkellerer nicht vollständig aus der WUST-Abrechnungspflicht entlassen werden. Immerhin verdient

der Antrag Massy Beachtung, weil gewisse Kostennachteile auch bei den grossen Betrieben vorhanden sind.

Der grösste Nachteil für die Einkellerer ist, dass sie keine Importkontingente haben und auch keine Traubenzukäufe tätigen dürfen, diese sind begrenzt auf 2000 Kilogramm landeseigene Trauben. Auch das wird von vielen nicht ausgenutzt. Dafür sind sie jetzt von der Warenumsatzsteuer-Abrechnung befreit. Auf ihren Zukäufen an Verpackungsmaterial, Flaschen, Reinigungsmittel usw. bezahlen sie zwar selbstverständlich heute die Warenumsatzsteuer. Wenn sie abrechnungspflichtig werden, würden sie nachher als Grossisten gelten.

Betrachten wir das Weinbaujahr 1980. In der Ostschweiz hatten wir wegen der ungünstigen Witterung Ernteausfälle im Ausmass von 20 bis 50 Prozent. Bei den Selbsteinkellern stehen entsprechend die Lager heute leer. Der Weinhändler hat diese Ausfälle auf der Inlandernte auch. Dem Weinhändler sind deshalb zusätzliche Importkontingente bewilligt worden. Mit diesen kann er heute sein Lager anfüllen, kann seine normale Kapazität des Betriebes ausschöpfen. Wir haben also hier ganz deutliche Unterschiede. Der Selbsteinkellerer hat alle Ernteschwankungen auf seine Kosten zu tragen, dafür ist er von der WUST-Abrechnungspflicht befreit. Der Händler kann bei Missernten über Importe seine Kapazität ausnutzen, hat keine Kostennachteile, wahrscheinlich eher Vorteile. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass in der heutigen Mangelsituation solche Importkontingente sehr begehrte sind, sie werden am Telefon zu einem Franken pro Liter gehandelt. Der Selbsteinkellerer kann davon nicht profitieren. Er hat den Ernteausfall zu tragen. Eine Wettbewerbsverzerrung durch die WUST-Befreiung zugunsten der Selbsteinkellerer ist deshalb nicht vorhanden.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es sich im Bereich von Betrieben bis 3, 4 Hektaren normalerweise um gemischtwirtschaftliche Betriebe handelt. Diese haben neben dem Weinbau noch weitere Betriebszweige, weil Weinbaubetriebe unter 3 Hektaren normalerweise noch keine selbständige Existenz darstellen. Ein Teil ihrer Produktion wurde der WUST unterstellt, ein anderer Teil ihrer Produktion nicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an die Diskussion erinnern, die wir bei der letzten Bundesfinanzvorlage hatten, als sich hier der gesamte Gewerbestand vehement gegen die Mehrwertsteuer-Abrechnungspflicht zur Wehr setzte. Dieser ganze Berufsstand hat die Pflicht, abrechnen zu müssen, zum Anlass genommen, jene Finanzvorlage abzulehnen. Und diesen Kleinbauern will man nun die WUST-Abrechnungssteuerpflicht aufklotzieren, nachdem das Gewerbe seinerzeit die Mehrwertsteuer-Abrechnungspflicht für sich abgelehnt hat! Diese paar 100 Kleinbauern sind nun gut genug, diese Pflicht auf sich zu nehmen, was Tausende von Gewerblern für sich als unzumutbar erklärt. Ich glaube, hier gilt es doch die Proportionen zu wahren, die WUST-Abrechnungspflicht ist nämlich komplizierter als die Mehrwertsteuer-Abrechnungspflicht.

Was wären die Folgen? Die Folgen müssen Sie bedenken. Wenn Sie die Einkellerer der WUST unterstellen, sind sie den Weinhändlern gleichgestellt. Alle Einkellerer haben die beruflichen Fähigkeiten, innerhalb von Monaten das Weinhandelspatent selbst erwerben zu können. Sie werden damit frei zum Zukauf von Kontingenten; innerhalb von zwei, drei Jahren können sie als Weinhändler selbst Importkontingente erhalten. Dies wäre ein böser Bumerang, der auf das Gewerbe des Weinhandels zurückfallen würde. Ich bin selbst nicht Einkellerer, aber ich bin Weinbauer und verkaufe meine Trauben an eine Genossenschaft und an einen privaten Weinhändler. Ich habe in meiner unmittelbaren Nachbarschaft fünf Selbsteinkellerer. Ich versichere Sie, dass diese zu mir mindestens ebenso gute Geschäftsbeziehungen haben wie die Genossenschaft, die weiter weg domiziliert ist, und der Weinhändler. Wenn diese Weinbauern zufolge WUST-Unterstellung den Weinhandel

aufnehmen, dann werden Sie gute Chancen haben, bei mir Trauben kaufen zu können. Ich möchte daher vor allem die Vertreter des Weinhandels sehr warnen, zu glauben, sie würden sich einen Vorteil verschaffen, wenn sie diese Kleinbetriebe der WUST unterstellen. Viele von diesen werden dann die Kostenvorteile des Weinhandels und des Importes selbst für sich in Anspruch nehmen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Antrag auf 5 Hektaren zu folgen. Bis zu 5 Hektaren handelt es sich um Familienbetriebe. Im Kanton Zürich gilt als Grenze für Rebsiedlungen eine Fläche von mindestens 5 Hektaren, damit die Existenz gewährleistet ist. Umgekehrt sollen die wenigen Grossbetriebe, die über ein gutes Marketing verfügen, von diesem Vorzug ausgenommen werden. Die vernünftige Grenze liegt bei 5 Hektaren. Damit schützen Sie den Bauernbetrieb, den eigentlichen Handelsbetrieb unterstellen Sie der Warenumsatzsteuer.

M. Massy: C'est en tant que vigneron, le seul de cette assemblée qui vive de ce rude mais beau métier, que je tiens personnellement à vous demander de me suivre et de voter ma proposition.

La majorité de la commission s'est ralliée sous chiffre II, à l'article 8, 2e alinéa, lettre c: «Les viticulteurs qui livrent pour plus de 35 000 francs de vin sont contribuables.» Je ne vais pas y aller par quatre chemins, je peux vous dire qu'il n'est pas possible, à une famille de vignerons, de vivre sur un domaine qui produit pour 35 000 francs de vin. Seuls des vignerons occasionnels possédant une ou deux vignes reçues de leur famille et qui les travaillent en dehors de leur métier principal, le soir ou le samedi, peuvent se contenter de cette somme. On appelle cette catégorie d'exploitants «les vignerons du dimanche» et j'ajoute que ce terme n'a rien de péjoratif, bien au contraire, à leur place je ferais la même chose.

En principe, les petits vignerons livrent leur récolte à un marchand, à un négociant, souvent à une coopérative. Ils apportent leur raisin au pressoir et n'ont plus de souci une fois la marchandise livrée. Ces gens-là ne sont pas soumis à l'ICHA mais comme leur récolte est revendue par des marchands, elle tombe automatiquement dans la catégorie qui, elle, paie l'impôt sur le chiffre d'affaires. On prend donc des mesures pour rien.

Je vais maintenant parler des vignerons encaveurs, de ces rares exploitations familiales qui représentent en tout 3 pour cent de la consommation totale de la Suisse. Ces sympathiques vignerons cultivent leurs vignes et vinifient personnellement leur vin au plus près de leur conscience professionnelle. Ils sont aidés par leur épouse, par leurs enfants, souvent même par leurs parents qui sont contents de collaborer encore à la culture de la propriété. Ils vendent ensuite leur production à leur clientèle qui le plus souvent vient s'approvisionner directement en bouteilles à la source, créant ainsi un lien étroit entre le consommateur et le producteur et cela au profit de tous. Nos amis confédérés suisses alémaniques sont très intéressés par ce genre de vente directe qui leur permet de discuter en tête à tête avec le vigneron, comprenant ainsi la beauté de ce métier de la terre mais réalisant aussi tous les problèmes qui se posent à l'exploitant indépendant. Le vigneron encaveur n'est pas un commerçant car il lui est interdit d'acheter du vin pour le revendre. Seule sa propre production est livrée sur le marché. Chacun a donc sa place: le vigneron encaveur avec une clientèle essentiellement privée, les négociants et les coopératives touchant plus la grande clientèle, les restaurants, les hôtels et bien sûr aussi les particuliers.

Il y a de bonnes années, de moins bonnes aussi, et l'on est vite dans les chiffres rouges. Jusqu'à maintenant le vigneron encaveur n'a rien demandé ni rien reçu de la Confédération. Il ne demande rien d'autre que le bénéfice du statu quo. Certains d'entre vous ont reçu des négociants certaines informations à notre sujet. On vous a

parlé de 15 pour cent de la production suisse globale qui reviendrait au vigneron encaveur. Je vais tout de suite mettre les choses au point en soulignant que la moitié de ce chiffre représente les ventes directes du vigneron à ces mêmes commerçants. L'autre moitié reste donc dans les caves. Comme la production suisse totale représente 40 pour cent en moyenne de la consommation helvétique, si vous savez bien calculer, cela fait 3 pour cent de toute la consommation annuelle. Mais, me direz-vous, ces vignerons encaveurs ne paient pas d'ICHA alors que tous les autres le paient. Je réponds que c'est juste et je vais vous expliquer pourquoi. Les frais de production dans les petits et moyens domaines sont plus élevés que chez les négociants et les coopératives et ces derniers ont droit aux contingents d'importation de vins étrangers, un contingent plus ou moins régulier attribué par la Confédération.

Lorsque l'on songe que, l'an dernier, on a attribué un contingent supplémentaire de 21 millions de litres de vin blanc étranger aux négociants, on peut rapidement calculer la marge de bénéfice laissée par les Grüner Veltliner et autres Mâcon blanc. D'autre part, les coopératives ont bénéficié à l'époque d'avantages financiers importants de l'Etat pour leurs investissements. En faisant basculer les vignerons encaveurs dans le camp des nouveaux contribuables, on les pousse à devenir pour la plupart des commerçants comme les autres et ainsi il auraient aussi le droit de vendre du vin étranger. Est-ce vraiment cela que vous voulez? Si les parlementaires qui nous ont précédés ont toujours exonéré les vignerons encaveurs de l'impôt, c'est qu'ils avaient déjà à cette époque de solides raisons de le faire. Ils voulaient par là montrer leur intérêt à maintenir des exploitations familiales vigneronnes viables.

Le paysan, le maraîcher, l'horticulteur, le pépiniériste sont exemptés. Alors pourquoi faire une différence en imposant le vigneron et sa famille? C'est faire deux poids deux mesures au détriment de quelques centaines d'exploitations viticoles réparties sur 14 cantons; il n'y a pas que la Suisse romande mais tout l'est du pays, Zurich, Saint-Gall, Schaffhouse, le Rheintal, les Grisons et bien sûr le Tessin. Au chiffre 442 du message du Conseil fédéral, il est dit: «Il convient de souligner que cette mesure n'est pas au premier chef une mesure de caractère fiscal car elle devrait rapporter par année moins de 2 millions.» Les derniers calculs effectués parlent de 1,5 million.

Je me demande s'il est vraiment payant de remuer ciel et terre pour un si maigre résultat qui ne fera que peser sur les domaines des vignerons encaveurs.

J'aimerais répéter rapidement que les vignerons encaveurs ne vendent que le vin de leur exploitation familiale. Comme les surfaces sont en général moins grandes que celles des encaveurs et des coopératives, les frais de production sont plus élevés. L'équipement est important, les possibilités d'encavage moins, ce qui ne permet pas de faire des stocks. Malgré tout cela, la vente se fait au juste prix pour concurrencer les grandes affaires.

La rationalisation des domaines des vignerons encaveurs est difficile, voire impossible. Il faut beaucoup d'heures de travail, ce qui explique que le prix de revient du vin du vigneron encaveur est plus élevé. La qualité par contre est toujours excellente et surtout authentique, ce qui compte de nos jours. Le vigneron encaveur vend aussi une partie de sa récolte aux grands marchands et aux coopératives, il est alors automatiquement soumis à l'ICHA. De même un vigneron qui achète pour plus de 2000 litres de vin en dehors de son entreprise tombe sous le coup de la loi. Il devient alors commerçant et paie sur la totalité de sa production viticole. J'espère que vous m'avez compris et je vais conclure en vous rappelant quelques points importants.

Le vigneron ne demande pas de subvention. Il demande à pouvoir continuer de travailler en famille afin que ses enfants puissent aussi un jour lui succéder. Il continuera d'engager de la main-d'œuvre temporaire pour l'aider aux

effeuilles comme aux vendanges, main-d'œuvre composée de gens de la ville qui aiment à se retrouver dans une atmosphère typiquement vigneronne. Il continuera à recevoir les enfants des écoles suisses alémaniques qui viennent couper le raisin depuis Bâle-Campagne, pendant les vacances lumineuses d'automne. A l'heure où tout le monde est d'accord de laisser sa chance au petit commerce, aux derniers artisans, aux artistes, il serait faux de faire disparaître des familles vigneronnes.

Le vigneron encaveur vous demande de rester ce qu'il est. Il refuse de se faire absorber par les grands commerces et les coopératives viticoles. Le soumettre à l'impôt sur le chiffre d'affaires, c'est créer une distorsion de concurrence à son détriment qui aboutira tôt ou tard mais probablement beaucoup plus tôt que prévu à la disparition de cette race de vigneron qui sont les vigneron encaveurs. Ils n'ont jamais posé de problèmes à la Confédération mais c'est la Confédération qui entend leur en poser. Vous rendrez service à une catégorie de travailleurs indépendants. Vous laisserez des exploitations familiales travailler en paix, vous les encouragerez à continuer d'exercer leur métier sans trop de contrainte et sans charges fiscales nouvelles, et surtout vous leur donnerez des chances pour l'avenir.

Le président: La parole est à M. Baechtold.

M. Baechtold: Je renonce à prendre la parole, étant du même avis que M. Massy, dont je soutiens la proposition.

M. Pini: L'assujettissement des viticulteurs encaveurs à l'impôt sur le chiffre d'affaires se heurte, à mon avis, au régime d'exemption au même impôt réservé à d'autres branches de la culture agricole dans notre pays, telles que, par exemple, l'horticulture et la culture maraîchère. Le critère d'exemption s'applique au fond aux secteurs que j'appelle les plus purs de notre agriculture; je pense aux cultivateurs, au sens strict du terme. Faire abstraction des viticulteurs dans cette importante disposition serait à mon avis injuste. Il est peut-être inutile de souligner que cette branche traditionnelle de notre agriculture, dont les exploitants s'intitulent avec un légitime et séculaire orgueil vigneron encaveur, répond pleinement aux critères appliqués par le législateur aux autres exploitants agricoles. Ces cultivateurs bénéficient de l'exemption de l'ICHA, quels que soient la surface exploitée ou le volume de la production. Aucune limite n'a été fixée à cet égard.

C'est pour cette raison que, malgré tout, je considère que la proposition de la minorité de la commission représentée par M. Nebiker et même celle de M. Reichling, qui visent à ce que l'assujettissement fiscal en discussion ait lieu si la surface cultivée est supérieure à 3, respectivement 5 hectares, sont encore limitatives. Je soutiens donc à plus forte raison la proposition Massy car elle ramène au fond notre discours dans les limites correctes de la norme d'exemption appliquée à d'autres branches de la culture agricole, évitant toute fâcheuse discrimination.

Je ne vous cache pas que j'ai pris connaissance avec une certaine amertume de la réaction de la Fédération suisse des négociants en vins, qui a lancé un appel partisan contre la juste revendication des vigneron encaveurs. Tout en comprenant que chaque secteur de commerce prêche pour sa paroisse et se considère comme un cas d'exception, j'estime qu'il est assez maladroit d'évoquer la neutralité de concurrence pour mieux assainir les finances fédérales, en faisant d'autre part pression sur le Parlement pour qu'il assujettisse les viticulteurs à l'ICHA.

Et quand on nous dit que la viticulture suisse compte aujourd'hui parmi les branches les plus rentables de notre agriculture, on risque bel et bien de provoquer des comparaisons assez fâcheuses qu'il serait plus sage d'éviter.

Notre collègue Massy, du sommet de son heureuse expérience de vigneron encaveur, vous a déjà clairement exposé la situation sous tous ses aspects et les raisons -- incontestables à mon avis -- qui l'ont conduit à présenter sa proposition, que je soutiens.

Il s'agit enfin et simplement d'éviter un acte de discrimination à l'égard d'un des secteurs les plus traditionnels et, je le répète, les plus purs de notre production agricole, qui doit -- cela me semble plus que normal -- être mis sur un pied d'égalité avec d'autres secteurs de l'agriculture qui ont justement bénéficié, dans le cas d'espèce, de la sensibilité du législateur en matière fiscale.

Une dernière considération, que je ferai dans ma langue maternelle.

Signor consigliere federale, vengo da un cantone dove la tradizione viticola non ha potuto, lungo il cammino della sua soleggiata storia, raggiungere la «nobiltà patrizia» degli splendidi vigneti del Vallese e del paese di Vaud. Ma vi devo dire che il suo cammino è stato finora altrettanto puro di impegno e di umana passione quanto quello conosciuto dai vallesani e dai vodesi, come poc' anzi ho rilevato parlando della proposta del collega Massy. Anche se la nostra produzione viticola è di molto inferiore a quella dei cantoni citati, essa è tuttavia il frutto di un amore personale che è vissuto e vive nei nostri piccoli vigneti nel piano e in particolare nella tipica originalità dei nostri ronchi nelle colline del Locarnese, del Mendrisiotto, del Bellinzonese e delle Valli superiori. Ed è per me una fortunata coincidenza fare questo rilievo davanti al consigliere federale Ritschard, che conosce, ma anche apprezza, la buona qualità della piccola terra vignata del Ticino, in particolare delle colline di Brissago e delle colline del Gambarogno. Onorevoli colleghi, con questo rilievo voglio dire -- e concludo -- che anche se la maggioranza dei viticoltori del mio cantone non sarebbe verosimilmente toccata dalla disposizione discriminante che ho combattuto, la sua malaugurata accettazione significherebbe moralmente una mortificante insensibilità nei confronti della loro fedeltà a una delle più antiche e civili passioni del nostro piccolo mondo agricolo. Per questi motivi ritengo che la Camera debba seguire le proposte dell'on. Massy.

Biderbost: In der Deutschschweiz ist das Problem der selbstkelternden Weinbauern wohl kaum so warm. Obwohl man dort sehr gute Weine kultiviert, das müssen wir auch als Walliser voll anerkennen, gehen diese Weinbauern doch ein bisschen unter den fünf Millionen Deutschschweizern unter. In der französischen und in der italienischsprachigen Schweiz -- Sie haben es soeben gehört -- ist das ganz anders, der Wein und der Weinbauer haben einen ganz anderen Stellenwert. Es gibt direkt eine Identifikation zwischen dem Weinbau und diesen Gebieten. Da glaube ich, dass ich als deutschsprachiger Walliser ein bisschen die Brücke schlagen kann, da wir ja auch den Weinbau im oberen Teil des Wallis kennen, wir stehen sozusagen zwischen diesen beiden Teilen der Schweiz.

Ich möchte nur auf zwei Aspekte eingehen. Der erste ist eine abstimmungspolitische Überlegung. Wir könnten heute in der «Neuen Zürcher Zeitung» lesen, dass wir unter einem «finanzpolitischen Erfolgszwang» stehen. Das wird so sein; wir haben festgestellt, dass man gewisse Ungereimtheiten bereits angenommen hat, wie beispielsweise die Befristung der ganzen Vorlage, und es gibt deren noch mehr. Man tut das, weil man um jeden Preis das Notrecht vermeiden will und eine Finanzordnung innerhalb der Zeit herbringen will, die uns dazu gegeben ist. Diese Ordnung durchzubringen ist nicht gerade leicht, das wissen wir. Deshalb sollten wir uns keine neuen Gegner schaffen. Das wäre aber hier konkret der Fall, denn diese Leute waren bisher steuerfrei. Man will jetzt den Kreis der Steuerpflichtigen erweitern. Das ist gefährlich, ganz abgesehen davon, dass es nicht einmal rentiert; diese Erweiterung bringt ja nur ungefähr 2 Millionen Franken, was innerhalb der ganzen Vorlage doch eine Lappalie ist, abge-

sehen davon, dass neue Steuern immer auf Widerstände stoßen werden; auch wenn diese theoretisch voll und ganz in das System hinein passen. Es ist klar, es gibt nicht derart viele selbstkelternde Weinbauern. Das ist keine Mehrheit. Aber eine solche geplante Unterstellung unter die WUST könnte gerade in den französisch- und italienischsprachigen Gebieten der Tropfen sein, der das Gefäß zum Ueberlaufen bringt. Das sollten wir vermeiden. Wir sollten diese Gebiete, die sich wie gesagt mit dem Weinbau identifizieren, nicht ohne Not verärgern. Das täten wir aber, wenn wir nun auch diese der Steuer unterstellen würden. Ich weiss, es ist eine opportunistische Ueberlegung, die ich Ihnen trotzdem zum Nachdenken übergebe.

Aber es gibt daneben noch einen besseren, einen echten Grund, um hier auf dem alten Wege weiterzugehen. Das ist die Zielsetzung der Landwirtschaft selbst, die Erhaltung der Familienbetriebe. Im Milchsektor und auch in allen anderen Bereichen der Landwirtschaft anerkennen wir das ohne weiteres. Warum sollten wir es nicht auch im Sektor Wein so halten? Wir tun von diesem Saal aus ja nicht allzu viel zum Schutz der kleinen und unabhängigen Existzenzen! Hier haben wir eine Gelegenheit dazu! Wir sollten sie nutzen, ganz abgesehen davon, dass eine andere Behandlung gegenüber den Weinhändlern, ja durch eine nicht vergleichbare Situation gegeben ist. Diese selbstkelternden Weinbauern sind effektiv benachteiligt. Herr Reichling hat darauf hingewiesen. Ich möchte nicht länger verweilen, aber immerhin sagen, dass die Maschinen bei diesen Bauern weniger ausgenutzt, die Transporte teurer und die Lager nur halb gefüllt sind, dass jede Propaganda bei ihnen mehr kostet und so weiter und so fort; ganz abgesehen davon, dass sie diese Nachteile durch den Einsatz der ganzen Familie kompensieren müssen, eine Einheit gründen müssen, die zwar nicht unbedingt das Rentabelste rein von der Wirtschaft her gesehen ist, aber staatspolitisch einen sehr wichtigen Stellenwert hat. Diese Leute, meistens einfache Leute, wollen den Papierkrieg nicht. Führen wir doch nicht wegen dieser 2 Millionen eine solche Debatte. Setzen wir uns dafür ein, dass wir die Zielsetzung unserer Landwirtschaftspolitik erreichen, nämlich die Erhaltung der Familienbetriebe. Wir leisten hier einen Beitrag dazu, wenn wir die kelternden Weinbauern steuerfrei belassen.

Leider haben wir allerdings in dieser Angelegenheit drei Vorschläge. Das ist an sich zu bedauern. Wichtig ist da vor allem in die Richtung zu gehen, dass diese Familienbetriebe geschützt werden. Ob wir dann diesem oder jenem Vorschlag zustimmen, das ist meines Erachtens weniger wichtig. Mir scheint es aber wichtig, dass wir diese Leute nicht verärgern, und dass wir ihnen gleiche Konkurrenzmöglichkeiten geben wie allen anderen auch.

M. Brélaz: Les vignerons encaveurs constituent de nos jours une des dernières catégories d'entreprises familiales qui subsistent dans notre pays. Il m'apparaît que sous cet aspect déjà, nous devons faire tous les efforts nécessaires pour sauvegarder leur existence. D'autre part, les vignerons encaveurs étant des petits propriétaires quant à leur terres, ils sont généralement dans une situation désavantageuse par rapport à leur collègues marchands de vin qui, eux, ont une situation plus avantageuse au niveau des frais d'infrastructure qu'ils peuvent réduire par une organisation plus rationnelle. Il ne m'apparaît pas comme une injustice que les vignerons encaveurs ne soient pas soumis à l'ICHA. D'autre part, un phénomène tout aussi important est le suivant: les vignerons encaveurs, comme d'ailleurs les agriculteurs qui vendent leur production, les horticulteurs ou les pépiniéristes, permettent un contact direct entre le consommateur et le producteur; cet aspect social des choses, contact direct entre producteur et consommateur, est à mon avis menacé par la disparition, que ce projet pourrait entraîner, des vignerons encaveurs, puis, par la suite, des autres

catégories visées puisque ce projet n'est peut-être qu'un ballon d'essai en vue d'imposer une fois ou l'autre à l'ICHA les petits agriculteurs qui vendent leur production directement ou les horticulteurs et les pépiniéristes. Il m'apparaît donc qu'il faut faire attention, premièrement, à conserver des catégories représentatives de notre pays et, deuxièmement, à ne pas compromettre le projet dans son entier pour un gain de seulement 2 millions de francs. Les Vaudois par exemple, sont très sensibles à cet aspect des choses, à la préservation de ces petits domaines et aussi, par là même, au contact humain qu'ils peuvent avoir avec les personnes en question. La simple existence de ce projet peut, à mon avis, créer des difficultés à un certain nombre de personnes lorsqu'il s'agira de l'accepter dans le secret de l'isoloir. Enfin, il y a les agriculteurs, les horticulteurs et les pépiniéristes qui se trouvent dans une situation comparable.

Si j'étais à leur place, je me méfierais très sérieusement de ce projet, en me demandant si ce n'est pas moi «qui passerai à la casserole» la prochaine fois. Dans ce Parlement, presque tout le monde appartient soit à la catégorie de ceux qui déclarent vouloir défendre l'intérêt des petits et des plus défavorisés dans chaque secteur, soit à la catégorie de ceux qui veulent défendre la famille et les entreprises familiales, ou de ceux qui veulent conserver des professions pour individualistes, soit enfin à la catégorie de ceux qui veulent défendre les intérêts des gens de la terre. Les vignerons encaveurs appartenant à toutes ces catégories, je souhaite donc une majorité importante en faveur de l'amendement Massy qui me paraît le mieux des trois, puisqu'il évite de mettre le pied dans l'étrier des 5 hectares puis des 3 hectares qui peuvent être par la suite renégociés à la baisse. Je le recommande donc à vos suffrages.

M. Junod: Il s'agit ici peut-être d'un problème plus complexe et plus délicat qu'il n'y paraît à première vue. Mais, rassurez-vous, je ne veux pas reprendre en détail tout ce qui a été déjà dit à cette tribune. Je voudrais, pour ma part, en mon nom personnel et au nom du groupe radical, insister sur les points suivants. Une précision dans les termes tout d'abord. Le projet du Conseil fédéral parle de viticulteurs, alors que le message lui, à juste titre, indique qu'il s'agit de vignerons encaveurs. Il est important de faire la distinction, si l'on veut voir de quoi il retourne en réalité: tous les vignerons encaveurs sont des viticulteurs, mais l'inverse n'est pas vrai.

On a dit, et c'est le deuxième point que je voudrais soulever, que la soumission des vignerons encaveurs à l'ICHA tendait à corriger une distorsion de concurrence. Ce souci de correction est louable dans la mesure où il y a véritablement distorsion. Or, en commission, j'ai vainement demandé que l'administration veuille bien examiner les chiffres produits par les uns et par les autres, de manière à pouvoir arbitrer le conflit latent entre vignerons encaveurs, d'une part, et marchands de vin, d'autre part. J'imagine que cet examen est encore possible dans le temps disponible avant que le Conseil des Etats ne se saisisse du projet.

En ce qui concerne le principe même de l'imposition du vin, et c'est là mon troisième point, je voudrais remarquer, après d'autres, que le vin est un produit de la terre et qu'il devrait à ce titre échapper à l'ICHA. Si je sais qu'une proposition tendant à libérer le vin de cet impôt indirect n'a guère de chance dans les circonstances actuelles, en revanche, il me paraît nécessaire de faire observer que la défense des vignerons encaveurs repose sur l'idée légitime de sauvegarder la propriété familiale de plus en plus menacée de toute part. Mais, dans ce raisonnement, il me paraît qu'il ne faut pas oublier une autre manière de cultiver la vigne. Je veux parler des viticulteurs qui ne vinifient pas eux-mêmes leur récolte, mais qui la confie à une coopérative, qui est souvent, et j'insiste, une coopérative de

propriétaires, dont la situation est très proche de celle des vignerons encaveurs quoi qu'en ait dit tout à l'heure M. Massy. C'est pourquoi, dans la recherche de critères pour établir davantage d'équité dans ce secteur, il me paraît préférable de se référer aux modes de culture et de mise en valeur de la récolte plutôt qu'aux chiffres d'affaires ou même à la surface cultivée. On pourrait ainsi distinguer ceux qui mettent en valeur leur propre récolte à titre individuel ou par le canal d'une coopérative, mais leur propre récolte exclusivement, de ceux qui font commerce de vin et qui jouissent à ce titre d'avantages que n'ont pas les premiers.

Enfin, dernière remarque à ce propos, mais de nature politique cette fois. Il faut se souvenir du rôle psychologique joué, lors des deux consultations populaires relatives à la taxe à la valeur ajoutée, par la question dont nous débattons, et cela sans commune mesure avec sa financière réelle. Si l'on ne veut pas charger à nouveau le présent régime financier d'un handicap supplémentaire non négligeable, il faut absolument s'assurer que le texte, que nous adoptons sur ce point sensible, et tout particulièrement en Suisse romande, soit équitable. Sinon nous dressons, en pure perte pour l'ensemble du projet, une partie des vignerons contre les autres. Cela, il faut absolument l'éviter. Je constate que le texte du Conseil fédéral qui nous est proposé n'est pas satisfaisant de ce point de vue. Le texte de la minorité à laquelle j'appartiens ou le texte de M. Reichling ne constituent qu'un moindre mal: cela devrait permettre au Conseil des Etats de reprendre la question. Quant à la proposition Massy, je peux aussi y souscrire dans la mesure où il s'agit d'alléger les dispositions constitutionnelles transitoires d'une matière explosive, en renvoyant la solution à la législation d'application. En définitive, je vous invite à voter la proposition Massy, dans l'esprit que je viens d'indiquer. Pour le cas où cette proposition serait rejetée, je vous incite alors à voter la proposition de la minorité de la commission.

Mme Vannay: J'aimerais très brièvement soutenir la proposition de minorité concernant les viticulteurs. Je ne reprendrai pas les arguments qui viennent d'être avancés, mais j'aimerais soulever deux autres aspects de ce problème. Le premier: jusqu'à maintenant, les petits viticulteurs et propriétaires encaveurs n'étaient pas soumis à l'ICHA et, aujourd'hui, on s'avise, par le biais de la prorogation du régime financier, d'assujettir à l'impôt cette catégorie de travailleurs, et cela parce que les grands commerçants en vin et les coopératives le demandent. On peut s'étonner de tant de sollicitude des coopératives vinicoles pour les petits encaveurs. Mais c'est bien dans la logique du système, de la concentration industrielle et de la disparition des petites entreprises. Que ceux qui, aujourd'hui, s'inquiètent de la disparition des petits magasins, de la multiplication des grandes surfaces s'en souviennent, car les deux problèmes sont semblables. Si l'on doit protéger le petit commerce, la petite entreprise, veiller aussi à la sauvegarde de l'entreprise familiale, du vigneron et du petit encaveur, c'est bien aujourd'hui qu'il faut le faire.

Le deuxième aspect que j'aimerais souligner, c'est l'illégisme que je trouve à vouloir prélever chez les petits vignerons encaveurs des impôts nouveaux, alors même que l'on ne veut pas imposer plus fortement la richesse, alors même que l'on ne veut pas imposer les avoirs fiduciaires et les banques.

Voilà donc deux raisons supplémentaires à celles qui viennent d'être dites qui m'incitent à vous demander de soutenir la proposition de minorité et de ne pas assujettir les viticulteurs encaveurs qui cultivent moins de 3 hectares de vigne.

M. Cevey: Soyez rassurés, d'après les renseignements que m'a donnés le président, le défilé des représentants des cantons minoritaires et producteurs de vin est bientôt terminé. Mais j'aimerais ajouter quelques mots pour rappeler

que nous avons déjà eu l'occasion, à cette tribune, de nous opposer, entre représentants des vignerons encaveurs et représentants de cette catégorie particulière de propriétaires vignerons réunis en coopératives ou associations.

Nous devons enfin sortir de ce débat depuis si longtemps engagé entre vignerons et dont cette salle a si souvent été le théâtre. Tant que l'on voudra distinguer les différentes catégories dignes ou non d'être assujetties à l'impôt en fonction des surfaces, en fonction des volumes ou des chiffres d'affaires, on exacerbera des points de vue aussi défendables les uns que les autres. Dès lors, la proposition Junod me paraît devoir être prise en considération, car elle établit des critères plus fondamentaux et propres à favoriser une distinction logique. M. Massy et nos amis vignerons encaveurs soutiennent que ceux-ci cultivent et commercialisent leur propre bien. D'accord! Mais il faut savoir que les membres des associations ou coopératives viticoles sont aussi des propriétaires, de petits propriétaires dignes de quelque intérêt, qui cultivent et vendent le produit de leurs propres vignes et s'interdisent eux aussi de commercialiser le vin d'autrui. La seule différence est que, mettant en pratique un principe de solidarité souvent en honneur dans notre pays, ils se groupent en associations ou coopératives pour être plus forts sur les marchés et réduire surtout leurs coûts de production. Mais il faut savoir qu'à cette économie de coûts de production correspond, en général, une marge plus faible sur le marché que celle qu'assurent aux vignerons encaveurs leurs possibilités de commercialiser directement leurs récoltes. Dès lors, je ne crois pas qu'il y ait là matière à divergences entre les défenseurs des vignerons encaveurs et ceux des propriétaires réunis en coopératives. Cultivateurs de la terre comme les autres agriculteurs, tous les vignerons – on l'a déjà dit – devraient être exemptés d'impôt en cette matière. Mais nous savons aussi que nous n'y parviendrons pas; dès lors, cette cause, malheureusement, ne saurait être plaidée en cette circonstance.

Cessons d'opposer les vignerons les uns aux autres et, dans la mesure où vignerons encaveurs et propriétaires réunis en coopératives ou associations ont finalement une position semblable sur les marchés, des moyens en tout cas comparables, il me paraît intéressant d'explorer la suggestion de M. Junod et de ne pas prendre une décision définitive qui maintiendrait une antinomie, une opposition à laquelle, finalement, personne n'a un réel intérêt. C'est la raison pour laquelle je soutiens la proposition de M. Junod.

Uchtenhagen, Berichterstatterin: Ich möchte mich kurz fassen. Sie haben gemerkt, wir stehen vor einer staatspolitisch sehr wichtigen Entscheidung, aber ich muss sie weitgehend Ihnen selber überlassen. Der Bundesrat hat vorschlagen, die Grenze in Franken festzulegen, und zwar bei 35 000 Franken, weil das die übliche Grenze ist, bei der die Warenumsatzsteuer beginnt. Dann gab es in der Kommission die Minderheit Nebiker, die 3 Hektaren vorschlägt. Das wäre dann nicht ein Umsatz von 35 000 Franken, sondern je nach Region von 50 000 bis 150 000 Franken. Der Antrag Reichling geht mit 5 Hektaren darüber hinaus, während der Antrag Massy die Steuerunterstellung streichen möchte.

Persönlich habe ich immer etwas Mühe gehabt mit dem Festlegen eines Frankenbetrages, aber die Mehrheit hat sich dafür entschieden. Vielleicht wäre es sinnvoll, sich zu überlegen, ob die Hektarenbeschränkung nicht besser wäre. Das möchte ich Ihnen offen lassen. Die Kleinbauern mit ihren Familienbetrieben verdienen eine gewisse Schonung. Sehr wahrscheinlich wären sie mit 3 Hektaren abgedeckt, mit 5 Hektaren wären dann doch relativ grosse Betriebe von der Steuer befreit.

Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen, und wenn Sie das nicht können, dann einen

Hektarenbetrag festzulegen, der dann wirklich den Kleinen dient und nicht wieder die Grossen mit ausnimmt, denn das ist das, was ja hier häufig passiert.

M. de Chastonay, rapporteur: Nous nous trouvons en face de trois propositions: d'abord celle du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, qui voudrait fixer pour l'assujettissement des vignerons encaveurs un critère de livraisons annuelles de plus de 35 000 francs; la deuxième proposition, celle de M. Massy, qui vise à la suppression pure et simple de l'assujettissement des vignerons encaveurs à cet impôt, partant à la suppression de la lettre c de l'article 8; la troisième proposition entend fixer l'assujettissement de l'impôt, non plus en fonction d'un revenu, mais en fonction des hectares cultivés; la proposition qui a été faite par M. Nebiker fixe un maximum de 3 hectares, et celle de M. Reichling un maximum de 5 hectares, non imposables. Je regrette quelque peu que M. Junod n'ait pas fait valoir au sein de la commission – dont il est d'ailleurs membre – les intéressantes remarques et observations de fond qu'il nous adresse aujourd'hui en matière d'imposition des vignerons encaveurs. De toute façon, je constate que la cause des vignerons encaveurs et des viticulteurs me paraît extrêmement bien défendue dans cette salle, ce qui prouve bien le souci que nous apportons aux professions touchant de fort près à l'entreprise familiale ou au cercle de la famille.

Nous sommes en présence d'une proposition de minorité, à laquelle votre rapporteur de langue française a souscrit, et qui demande d'assujettir à l'ICHA les viticulteurs encaveurs cultivant une surface supérieure à 3 hectares – selon le texte de la proposition de M. Nebiker. La majorité de la commission, quant à elle, a approuvé la teneur du projet présenté par le Conseil fédéral, assujettissant les vignerons encaveurs dont les livraisons annuelles dépassent 35 000 francs de vin.

Il n'est pas dans nos intentions de rallumer ici cette sorte de guerre sainte qui avait fait rage lors de la votation sur la défunte TVA, et qui avait été incontestablement attisée par les vignerons-viticulteurs-encaveurs mécontents de la limite trop élevée que l'on avait fixée, à l'époque, à leur assujettissement au nouvel impôt. Je voudrais cependant vous inviter de manière pressante à suivre l'avis de la minorité de la commission, représentée par M. Nebiker, pour les raisons suivantes:

Tout d'abord, le message du Conseil fédéral, à propos de l'assujettissement des vignerons encaveurs, n'est guère convaincant. On y souligne en effet que cette mesure n'a pas un caractère fiscal, puisqu'elle ne devrait rapporter à la caisse fédérale que quelque 2 millions de francs par année. Cela signifie bien, dans l'idée du Conseil fédéral, que, vu sous son angle financier, l'assujettissement des vignerons encaveurs ne constitue pas, au fond, un problème pour la caisse fédérale. Voilà déjà une raison de suivre la proposition de M. Nebiker, à défaut de suivre celle de M. Massy.

L'assujettissement à la somme de 35 000 francs – on l'a précisé ici – constitue non seulement une limitation trop basse, mais encore un critère trop imparfait puisque, selon les estimations qui nous ont été fournies, ce montant toucherait même les vignerons encaveurs du dimanche. Ce critère est surtout imparfait en ce sens qu'il nécessitera d'importants contrôles, une abondante paperasserie, éléments pour lesquels le viticulteur encaveur de par nature, qu'il soit petit ou moyen, n'a pas une vocation et un attachement particuliers.

Si la minorité ne demande pas l'exonération totale du viticulteur encaveur devant l'ICHA, malgré le plaidoyer de M. Massy appuyé par M. Pini, dont les propos fleuraient bon le Merlot tessinois, la raison en est due à l'équité fiscale et au principe de l'égalité devant l'impôt, principes auxquels nous devons nous référer.

M. Nebiker demande cependant de limiter à 3 hectares la barrière supérieure des surfaces viticoles assujettissant le

vigneron à l'impôt, le critère de la surface s'avérant plus simple, plus rapide et plus facile dans son application. Trois hectares correspondent d'ailleurs *grosso modo* à une production de l'ordre de 100 000 francs.

Si cette minorité vous propose son nouveau texte, la raison en est également que, dans notre pays, les petits vignerons et les petits encaveurs qui ne cultivent que jusqu'à 3 hectares de vigne et qui ne vendent que leurs produits ont droit, je crois, sans créer des inégalités de traitement, à une considération spéciale. Je vous rappelle qu'ils ne sont que quelque 300 en Suisse, soit 80 en Suisse alémanique, une dizaine au Tessin, et plus de 200 en Suisse romande, et que leur production ne représente que le 1 pour cent de la consommation totale de notre pays. Il convient donc de protéger cette catégorie de travailleurs de la terre dans l'exercice d'une profession qui connaît actuellement bon nombre de problèmes face aux grandes concentrations vini-viticoles, face aux impératifs du maintien de la qualité de leur production, face aux coûts toujours plus élevés de leur production.

Je crois que l'acceptation de la proposition de M. Nebiker démobiliserait une résistance importante à tout notre projet lorsque celui-ci devra subir les affres de la votation populaire. Enfin, je conclus en rappelant que le vin – on l'a dit également ici – est un produit de la terre. Or, dans sa politique agricole et fiscale, la Confédération doit tenir compte de la différence des coûts de production entre les petites et les grandes entreprises, faute de quoi nous risquons fort de mettre en danger l'existence même de ces petites entreprises.

Je vous invite donc à faire cette petite fleur à la boutonnière des vignerons encaveurs en acceptant purement et simplement la proposition de M. Nebiker.

Begrüssung – Bienvenue

Le président: J'ai le très grand plaisir de saluer la présence, dans la tribune diplomatique, d'une délégation de la Knesseth, le Parlement d'Israël. Au nom de notre conseil, je lui souhaite une cordiale bienvenue ainsi qu'un intéressant et agréable séjour dans notre pays. (Applaudissements)

Le président: Le Conseil fédéral renonce à prendre la parole, nous passons donc au vote.

Abstimmungen – Votes

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit	78 Stimmen
Für den Antrag Reichling	54 Stimmen

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	43 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	106 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Minderheit	96 Stimmen
Für den Antrag Massy	52 Stimmen

Art. 8 Abs. 3 Ingress, let. a

Antrag der Kommission

Bei der direkten Bundessteuer ...

- a. ...
- für Verheiratete 4000 Franken;
- für jedes Kind 2000 Franken;
- für jede unterstützungsbedürftige Person 2000 Franken;
- für ... Haushalt führen, 3000 Franken;
- für Versicherungsprämien ...
- für Verwitwete, Geschiedene oder Ledige 2500 Franken;
- für Verheiratete 3000 Franken;

Mehrheit

- vom Erwerbseinkommen der Ehefrau 4000 Franken;

Minderheit

(Jaeger, Aubry, Biel)

- vom Erwerbseinkommen der Ehefrau 5000 Franken;

Antrag Segmüller

- für Verheiratete 4500 Franken;
- ...
- vom Erwerbseinkommen der Ehefrau 4500 Franken;

Antrag Darbellay**Bst. a**

- für Versicherungsprämien, Zinsen von Sparkapitalien und den Mietwert der eigenen Wohnung zusammen:
- ...

Art. 8 al. 3 préambule, let. a**Proposition de la commission**

..., l'impôt fédéral direct est établi...

a. ...

- pour les personnes mariées, à 4000 francs;
- pour chaque enfant, à 2000 francs;
- pour chaque personne nécessiteuse, à 2000 francs;
- pour les contribuables veufs, divorcés ou célibataires vivant en ménage commun avec des enfants ou des personnes nécessiteuses, à 3000 francs;
- pour les primes d'assurances et intérêts de capitaux d'épargne, au total:
- pour les contribuables veufs, divorcés ou célibataires, à 2500 francs;
- pour les personnes mariées, à 3000 francs;

Majorité

- pour le produit du travail de l'épouse, à 4000 francs;

Minorité

(Jaeger, Aubry, Biel)

- pour le produit du travail de l'épouse, à 5000 francs;

Proposition Segmüller**Let. a**

- pour les personnes mariées, à 4500 francs;
- ...
- pour le produit du travail de l'épouse, à 4500 francs;

Proposition Darbellay**Let. a**

- pour les primes d'assurances, les intérêts de capitaux d'épargne et le revenu locatif de son propre logement, au total:
- ...

Frau Segmüller: Es ist ein heikles Unterfangen, am schliesslich zustande gekommenen Kompromiss der vorliegenden Finanzordnung noch irgendwo rütteln zu wollen, dem mühsam in Gang gebrachten Zug quasi in letzter Minute noch einen Wagen anzuhängen. Der Zeitpunkt meiner Intervention ergibt sich jedoch rein zufällig aus der Tatsache, dass mein Anliegen, nämlich familiengerechte Sozialabzüge, eben erst am Schluss der Vorlage an die Reihe kommt. Neben der unbestritten notwendigen Finanzbeschaffung für den Bund, als erstes Ziel dieser Vorlage, ist die gleichzeitige Entlastung der Familie mit dem Teilausgleich der kalten Progression ein ebenfalls primäres Anliegen. Der Bundesrat hat sich denn auch bereit erklärt – und dafür sei ihm herzlich gedankt –, die Motion der CVP für eine familiengerechte Besteuerung entgegenzunehmen. Es ist anerkennenswert, dass die Kommission sich bereit gefunden hat, entgegen dem bundesrätlichen Giesskannenrabatt bei der Steuerschuld, die Familie mit gezielter Erhöhung der Sozialabzüge vom Einkommen zu entlasten. In

der Diskussion ging nun aber unter, was für konkrete Folgen die Tatsache hat, dass der den Verheirateten bisher gewährte Rabatt von 70 Franken auf der Steuerschuld gestrichen wird. Diese Streichung hebt nämlich die Erhöhung des Verheiratetenabzuges von 2500 Franken auf 4000 Franken praktisch wieder auf. Der 70-Franken-Rabatt kostete den Bund bisher 115 Millionen, die vorgeschlagene Erhöhung des Verheiratetenabzuges kostet 121 Millionen.

Punkt 1 unserer Motion, Erhöhung des Abzuges für Verheiratete, wird dadurch nicht erfüllt. Es resultiert im Endeffekt eine nochmalige Verschlechterung im Verhältnis der Steuerbelastung zwischen verheirateten und frei zusammenlebenden Paaren. Wer heiratet, wird durch die vorliegende Finanzordnung nicht entlastet, sondern noch mehr bestraft als bisher. Das ist familienfeindlich. Der Staat aber hat ein eminentes Interesse an gesunden, stabilen Familien, nicht an möglichst zahlreichen ungebundenen, unverbindlichen Paarverhältnissen auf Zeit. Es ist klar, grosse Aenderungen, Tarifkorrekturen, so nötig sie auch wären, liegen heute nicht drin. Eine kleine, aber spürbare Korrektur zugunsten der Verheirateten ist aber mehr als angebracht, und dies noch aus einem anderen Grunde, gestern abend und heute morgen kam es hier in diesem Saal ausgiebig zur Sprache: Einerseits wird die kalte Progression jetzt nicht voll ausgeglichen, die Erhöhung der Sozialabzüge macht sie nicht wett, anderseits aber muss auch in Zukunft die negative Abstimmung über die schärfere Verpflichtung zum Ausgleich der kalten Progression hat es eben deutlich gezeigt – der Bürger mit den Folgen der kalten Progression leben und somit laufend eine reale Erhöhung der Wehrsteuer tragen. Jemand kommt bei diesem Handel am schlechtesten weg: die verheirateten Paare, der Kern der Familie, die vielzitierte Urzelle des Staates. Eben sie bekommen jetzt wegen der Streichung des bisherigen Rabattes nicht einmal eine reale Erhöhung ihres Abzuges. Deshalb schlage ich Ihnen vor, den Abzug für Verheiratete um 500 Franken, auf 4500 Franken, und denjenigen für das Erwerbseinkommen der Ehefrau ebenfalls auf 4500 Franken zu erhöhen. Diese Ansätze von je 4500 Franken wurden bereits 1978 beim zweiten Finanzpaket vom Ständerat gutgeheissen. Unser Rat ging damals sogar auf 5000 Franken. Die Grössenordnung ist also durchaus nicht neu. Mein Vorschlag hat für Doppelverdiener den gleichen Effekt wie der Antrag Jaeger, da sich die beiden Vorzüge ja kumulieren. Zweimal 500 gibt auch 1000. Mein Vorschlag ist aber familienfreundlicher als derjenige von Herrn Jaeger. Er kommt allen Familien zugute und bevorzugt nicht einseitig die Doppelverdiener.

Was kostet das? Laut Berechnungen der Verwaltung kostet das den Bund in den Jahren 1984/85 netto je 32 Millionen. Das heisst, es verbleiben an Mehreinnahmen für den Bund – Sie können das auf dem grünen Blatt, Seite 2 errechnen – 407 Millionen statt 439 Millionen (für 1985 437 Millionen statt 469 Millionen). Die Entlastung für die Steuerzahler gemäss Vorschlag Bundesrat hätte 250 Millionen betragen, gemäss Vorschlag der Nationalratskommission dagegen 230 Millionen, also weniger. Mein Vorschlag entlastet um 275 Millionen.

Ich bitte Sie daher zugunsten einer familienfreundlichen Finanzordnung, meinem Vorschlag zuzustimmen.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kleine Anregung zur Terminologie! Wäre es nicht an der Zeit, in diesem Bundesbeschluss den überholten Ausdruck «Erwerbseinkommen der Ehefrau» durch den zeitgemässeren geschlechtsneutralen Begriff «Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten» zu ersetzen. Es ist so ja auch im neuen Bundesgesetz über die Steuerharmonisierung vorgesehen und von der Finanzdirektorenkonferenz bereits beschlossen worden.

Jaeger, Sprecher der Minderheit: Die Minderheit schlägt Ihnen hier vor, den Abzug auch für erwerbstätige Ehefrauen auf 5000 Franken zu erhöhen.

Frau Segmüller hat in ihrem Votum bereits verschiedene Argumente angeführt, die ich an sich für den Vorschlag der Minderheit anbringen könnte. Nur einen Satz habe ich nicht richtig verstanden: Ich verstehe nicht, weshalb Ihr Antrag familienfreundlicher als der Antrag der Minderheit sein soll. Das ist in keiner Weise der Fall, denn es geht einfach darum, dass wir das Gewicht oder den Akzent eher auf die Erwerbstätigkeit der Ehefrau setzen, wogegen Frau Segmüller diesem Moment etwas weniger Gewicht verleiht. Wir sind der Auffassung, dass das mit Familienfreundlichkeit nicht allzu viel zu tun hat, sondern einfach wieder um eine Frage der Steuergerechtigkeit geht. Wir haben übrigens einen ähnlichen Antrag schon im Zusammenhang mit der Behandlung der Bundesfinanzreform 1978 gestellt. Damals hat Herr Biel einen Abzug von 6000 Franken vorgeschlagen. Wir sind jetzt von diesem Vorschlag abgekommen und haben unsere Forderung reduziert. Wir sind aber der Auffassung, dass es durchaus, auch von Seiten der Belastung dieser Vorlage her, möglich sei, den Abzug auf 5000 Franken zu erhöhen. Wenn nun gesagt wird, es sei eben ein Steuerausfall zu erwarten – und dieser Steuerausfall beträgt ja bekanntlich maximal 20 Millionen –, dann muss man einfach sagen, dass dieser Ausfall, nachdem Sie die Erhöhung der WUST-Sätze beschlossen haben, sicher verantwortet werden kann. Zumal auf diese Weise die Steuergerechtigkeit verbessert wird.

Es ist nicht einzusehen, weshalb das Einkommen zweier Eheleute überhaupt zusammengelegt werden soll, nur um eine höhere Belastung herbeizuführen. Wir wissen, dass in der Schweiz das Splitting und auch die getrennte Ehegattenbesteuerung nicht möglich sind. Aber auf diese Weise können wir doch vielleicht diesen Mangel der Steuergesetzgebung etwas heilen.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen. Es wäre immerhin ein ganz kleiner Schritt in die Richtung, wie wir sie schon mit anderen Anträgen versucht haben.

M. Darbellay: Le 3 décembre 1972, le peuple suisse instaurait le régime des trois piliers en ce qui concerne la prévoyance sociale et il l'inscrivait dans la constitution, à l'article 34*quater*, 6e alinéa, l'obligation pour la Confédération de favoriser l'épargne individuelle en prenant des mesures fiscales et en mettant en valeur une politique qui favorise l'épargne et l'accès à la propriété. Le projet que nous avons ici tient compte de cet impératif constitutionnel puisqu'il prévoit une déduction de 2500 francs pour les personnes seules et de 3000 francs pour les couples, en ce qui concerne les primes d'assurances et les intérêts des capitaux d'épargne.

Un élément, me semble-t-il, a été oublié. Il s'agit du revenu locatif de son propre logement. Je propose par conséquent de réparer cet oubli en complétant la phrase qui nous est proposée. Je suis conscient de la portée relativement modeste de ma proposition, puisque les déductions prévues sont elles-mêmes assez précaires, les primes d'assurances couvrant le plus souvent ces 2500 ou ces 3000 francs. Mais il est important que les bénéficiaires d'un logement personnel soient mis sur le même pied que ceux qui disposent d'intérêts de capitaux d'épargne. Le titulaire d'un carnet d'épargne peut obtenir une certaine déduction, s'il passe du carnet d'épargne à la construction de la maison qu'il va occuper avec sa famille; il doit pouvoir bénéficier de la même déduction. Ma proposition aura un avantage également pour les personnes âgées qui n'ont plus beaucoup d'autres assurances que l'assurance-maladie et qui pourraient, pour le logement qu'elles occupent, déduire peut-être 1000 ou 2000 francs. Ce problème ayant été oublié, je vous invite à accepter ma proposition.

M. Riesen-Fribourg: Après les délibérations de la commission, les déductions sociales ne répondent pas aux attentes du groupe socialiste au nom duquel je m'exprime

maintenant. La réglementation proposée par la commission, telle qu'elle apparaît sur le dépliant, s'écarte fondamentalement d'un principe qui nous tient à cœur et que nous avons défendu lors des deux dernières tentatives de révision du régime financier de la Confédération. Ce principe fondamental, c'est celui des déductions sociales intervenant sur le montant des impôts à payer et non plus sur la somme imposable. Une diminution du revenu imposable, du fait de la progression du barème, profite bien plus aux bénéficiaires de revenus élevés qu'à ceux qui sont contraints de vivre modestement. Cela est choquant et injuste. Sans vouloir vous noyer dans les chiffres, vous me permettrez d'en citer quelques-uns Selon le système de déductions sociales prévu dans le message, la diminution de la charge pour un enfant est de 2 fr. 55 pour un revenu de 25 000 francs. En revanche, pour une même famille, disposant d'un revenu de 100 000 francs, la diminution de la charge est alors de 67 fr. 35. Donc, les effets sont multipliés par 26 pour le contribuable privilégié qui gagne déjà 100 000 francs par an, par rapport au contribuable modeste qui ne dispose que de 30 000 francs. Cette multiplication par 26 des effets des déductions sociales en faveur de revenus qui sont déjà confortables en eux-mêmes, ne se justifie pas. C'est l'illustration d'une fausse conception du rôle des déductions sociales, d'une conception de la famille qui s'arrête aux familles riches.

Le véritable rôle des déductions devrait être la compensation des charges sociales différentes, résultant d'une situation familiale donnée, par exemple dans le fait d'avoir un enfant. Les frais de base pour élever décentement un enfant ne varient pas de 1 à 26 selon que le revenu des parents varie de 30 000 à 100 000 francs. Avec ce système, la famille modeste est défavorisée. On lui consent du bout des lèvres une aumône. En revanche, on fait un cadeau somptueux et inutile à la famille qui est déjà privilégiée par le sort. Par le système de la déduction *in fine*, sur le montant de l'impôt à payer, on aurait pu corriger ces inégalités choquantes.

Le groupe socialiste est réaliste, il sait qu'à lui seul, il ne pourra pas changer le courant et imposer cette solution qui serait hardie et plus juste. Tout au plus peut-il regretter de ne pas avoir trouvé les appuis indispensables pour mener à chef cette opération. Il regrette en particulier de ne pas avoir éveillé l'intérêt du groupe démocrate-chrétien qui se présente à l'ordinaire volontiers comme le champion de la politique familiale. D'autre part, nous devons, en tant que groupe, nous occuper des impératifs politiques et fixer des priorités. Dans cette optique, la première priorité pour nous est la prorogation du régime des finances fédérales. Nous savons que c'est de la réalisation de cet objectif prioritaire que dépendent, dans l'avenir immédiat, les potentialités de notre Etat fédéral. La Confédération pourra-t-elle vivre ou seulement vivoter ou va-t-elle être atteinte d'anémie pernicieuse? Le groupe socialiste veut que la Confédération vive, qu'elle puisse faire face à ses tâches et continuer à remplir son rôle; soit d'être le ciment qui lie les cantons, le trait d'union de nos populations. C'est pour ne pas remettre en cause la réalisation de cet objectif primordial que nous nous rallions aux propositions de la majorité de la commission. Nous ne voulons pas remettre en cause l'esprit du Beatenberg et le consensus favorable qui s'est dégagé depuis lors entre les partis représentés au Conseil fédéral.

Notre ralliement témoigne de notre sens des responsabilités. Pour l'avenir de la Suisse, nous renonçons temporairement et peut-être un peu plus facilement puisque l'on a limité la validité du régime financier à douze ans, à nos revendications pour une plus grande justice sociale.

En résumé, nous allons donc soutenir les propositions de la majorité en ce qui concerne l'article 8, 3e alinéa, soit une déduction de 4000 francs pour les personnes mariées, de 2000 francs par enfant, de 3000 francs pour les personnes nécessiteuses et à la charge du contribuable et de 2500 et 3000 francs pour les primes d'assurance.

Nous vous proposons d'en rester à une déduction de 4000 francs pour le produit du travail de l'épouse et de rejeter les propositions de minorité Jaeger, Aubry et Biel. Enfin, en ce qui concerne le taux maximum de l'impôt de défense nationale, nous vous demandons de vous en tenir à la proposition de la majorité de la commission et de rejeter la proposition minoritaire Carobbio.

Stucky: Einfachheitshalber kann ich mich auch gleich zu den Anträgen Segmüller und Jaeger sowie Darbellay äussern.

Sehen Sie, die Steuergesetzgebung zu machen ist immer ein unerfreuliches Handwerk. Es gibt nur eine schöne Tätigkeit dabei: das ist das Festsetzen der Abzüge. Es kommt mir so vor, wie wenn man einen versalzenen Kuchen backen müsste und dann darüber noch ein paar Rosinen streuen kann. Und das machen nun Frau Segmüller und Herr Jaeger in grösserem Masse, wobei ich zugeben muss, dass wir uns hier in einem ausgesprochenen Ermessensbereich befinden; es ist immer ein Abwägen, wie weit man gehen kann oder gehen will. Nur müssen wir uns klar sein, dass wir irgendwo die Grenze ziehen müssen; die Kommission ist sich auch klar gewesen, dass wir nicht allzu viele Steuermehreinnahmen aufgeben können. Man kann darüber streiten, ob wir diese 30 Millionen Franken – je nach Rechnung sind es auch 45 Millionen, es kommt darauf an, von welcher Basis man ausgeht – à tout prix haben müssen. Wenn ich aber jetzt abwäge, wie die Kommission vorgegangen ist, dann muss man doch klar erkennen, dass sie hier Familienpolitik betrieben hat, sie ist der Familie nämlich ausgesprochen weit entgegengekommen. Hingegen haben alle Ledigen – und das sind ja nicht wenige unter den Stimmbürgern – den Kürzeren gezogen. Ich nehme einmal das Beispiel einer Familie mit zwei Kindern und einer erwerbstätigen Ehefrau. Hier wären Mehrabzüge von jetzt 6100 Franken nach Kommissionsantrag vorgesehen (der Bundesrat wollte 1600 Fr. mehr geben), also praktisch das Vierfache, während die Ledigen ganze 500 Franken mehr abziehen können als bisher. Das ist der einzige Ausgleich der kalten Progression. Hierzu darf man doch festhalten, dass man die Gewichte tatsächlich sehr zugunsten der Familie verstärkt oder verlagert hat.

Ich kann aber auch noch an einem weiteren Beispiel – und damit komme ich speziell auf das Erwerbseinkommen – zeigen, dass die verheiratete, erwerbstätige Frau wesentlich besser gestellt ist als ihre ledige Mitarbeiterin. Nehmen Sie einmal zwei Krankenschwestern, eine Verheiratete und eine Ledige. Beide verdienen 30 000 Franken, die Verheiratete hat keine Kinder. Dann bezahlt nach meinen Rechnungen die Verheiratete mit den gegebenen Abzügen der Kommission noch 108 Franken Wehrsteuer, vorausgesetzt, der Ehemann sei nicht erwerbstätig, und die Ledige bezahlt 285 Franken, also beinahe das Dreifache. (Dabei müssen Sie auch sehen, dass sehr oft der Ehemann noch erwerbstätig ist und damit entsprechend auch die wirtschaftliche Situation dieser Familie – ich habe gesagt: ohne Kinder – wesentlich verstärkt wird gegenüber dem Ledigen!)

Im Grunde genommen handelt es sich beim Abzug für Erwerbseinkommen einzig um den Ausgleich der Mehrkosten zufolge der Erwerbstätigkeit. Dabei stossen wir noch auf ein zusätzliches, sachliches Problem. Es ist gestern kurz angeschnitten worden. Wir gewähren hier eine Pauschalierung. Das ist aber grundsätzlich falsch. Nehmen Sie die Frau, die voll arbeitet, die tatsächlich hetzen muss, damit sie Arbeit und Familie bewältigen kann. Sie ist steuerrechtlich genau gleichgestellt wie die Frau, die zwei Stunden am Tag arbeiten geht und ohne weiteres ihren Haushalt daneben noch führen kann. Wenn wir schon in diesem Sektor Abzüge gewähren, dann sollte man doch Prozentabzüge gewähren. Ich will keinen entsprechenden Antrag stellen, weil das die Vorlage komplizieren würde. Ich halte aber dafür, dass den Ledigen in der ganzen Vorlage bis zur Grenze des Zumutbaren viel zuge-

mutet wird mit einer Vorlage, die wir ja im Volk durchbringen wollen. Ich habe aber darauf verzichtet, zugunsten der Ledigen einen Antrag zu stellen, weil eine gewisse Disziplin notwendig ist, um zu diesem Kompromiss der Kommission zu stehen. Und es handelt sich hier um einen Kompromiss mit allen Vor- und Nachteilen.

Schliesslich darf ich auch den beiden Antragstellern Jaeger und Segmüller sagen, dass sie natürlich nicht übersehen dürfen, dass auch die Kantone beim Erwerbseinkommen spezielle Abzüge gewähren und damit ein Kumulationseffekt entsteht, der wiederum im Grunde genommen zulasten der Ledigen geht.

Zum Schluss aber noch etwas, Frau Segmüller, wo ich Ihnen voll zustimmen kann: nämlich formell zu sagen, dass es sich um den zweitverdienenden Ehegatten handeln soll. Es wäre gut, wenn wir diese Nomenklatur auch hier einführen würden, ich weiss aber nicht, ob Sie entsprechend schriftlich einen Antrag gestellt haben; ich hoffe es.

Augsburger: In Artikel 8 Absatz 3 ist ein steuerfreier Betrag vom Erwerbseinkommen der Ehefrau vorgesehen. Ich habe mich bei Kommissionsmitgliedern bemüht, eine authentische Interpretation des Begriffes «Erwerbseinkommen der Ehefrau» zu erhalten und feststellen müssen, dass die Meinungen hierüber auseinandergehen. Offenbar hat sich die Kommission in dieser Frage gar nicht ausgesprochen. Es hat aber den Anschein, als soll der Abzug von 4000 Franken gemäss Mehrheit der Kommission nur Gültigkeit haben, wenn ein Lohnausweis vorliegt, oder anders gesagt, man beschränkt die Abzugsmöglichkeit auf die unselbständig erwerbende Ehefrau. Wenn dem so sein sollte, frage ich mich, weshalb man dies in Absatz 3 des Artikels 8 nicht ausdrücklich sagt.

Ich bin allerdings der Meinung, dass eine Lösung höchst ungerecht wäre, die zweierlei Recht schafft, speziell angesichts der Tatsache, dass nun die Abzüge doch eine beachtliche Höhe erreichen. Warum soll ein unselbständig erwerbendes Ehepaar 4000 Franken vom Einkommen der Ehefrau in Abzug bringen können, aber ein selbständig erwerbendes Ehepaar in Landwirtschaft und Gewerbe, falls das Erwerbseinkommen gemeinsam erarbeitet wird, leer ausgehen? Es gibt keinen stichhaltigen Grund, so zu handeln. Man darf nicht ständig davon reden, dass die selbständigen Existenzen erhalten bleiben müssen, und in der Praxis dann eine Politik einschlagen, die das Gegen teil bewirkt. Oder will man im Zeitpunkt, da gleiche Rechte für Mann und Frau zur Abstimmung kommen, einen Selbständigerwerbenden zwingen, über die Gesellschaftsform der AG die Ehefrau zur Angestellten zu machen, damit ein Steuerfreibetrag gewährt wird? Für mich ist Erwerbseinkommen Erwerbseinkommen, ob getrennt oder gemeinsam erarbeitet, ob es sich um selbständig oder unselbständig erwerbende Steuerpflichtige handelt. Man sage mir nicht, meine Auffassung sei wegen fehlender Kontrollmöglichkeiten in der Praxis nicht durchführbar. Alle Kantone, die ein modernes Steuergesetz haben – und mein Kanton Bern gehört dazu –, kennen diese Abzugsmöglichkeiten bei Kantons- und Gemeindesteuern, und es ist wirklich nicht einzusehen, dass etwas, das dem Kanton möglich ist, beim Bund nicht möglich sein sollte. Ich wäre dankbar, wenn die Kommissionssprecher und Herr Bundesrat Ritschard meiner Interpretation von Absatz 3 zustimmen könnten.

Mme Aubry: Il est regrettable que la discussion de cet article se déroule alors que l'hémicycle est à moitié vide.

Je serai brève dans mes considérations, un certain nombre de choses que je voulais dire ayant déjà été dites.

Si j'ai soutenu la proposition de minorité Jaeger et Biel, c'est parce que je remplaçais un collègue membre de la commission et qu'il me semble juste de soutenir la famille, comme l'a demandé Mme Segmüller.

La différence entre le montant de la déduction pour le

travail de l'épouse proposé par la majorité de la commission – 4000 francs – et celui que propose la minorité – 5000 francs – n'est pas énorme, j'en conviens. Elle représente cependant pour la Confédération une perte de 20 millions.

Je me suis ralliée à cette proposition parce que j'estime qu'il faut s'efforcer de favoriser les couples mariés par rapport aux couples illégitimes. De plus en plus nombreux sont en effet les jeunes qui vivent ensemble, travaillent chacun de leur côté et bénéficient de deux salaires sans être soumis à la règle qui veut que les revenus des deux membres du couple soient additionnés pour le calcul du taux de l'impôt, si bien que ceux-ci doivent payer plus d'impôts que les couples non mariés. L'allégement de 5000 francs demandé par la minorité de la commission serait pour les couples légitimes une sorte d'encouragement non seulement sur le plan matériel, mais aussi sur le plan moral.

Je n'ignore pas que la caisse fédérale a de plus en plus besoin de rentrées fiscales, mais l'on devrait comprendre qu'une déduction trop minime – et celle de 2500 francs proposée par le Conseil fédéral est trop minime – n'encourage pas les jeunes à se marier. Elle les encourage bien plutôt à vivre en union libre.

En outre, de plus en plus nombreuses sont les femmes qui travaillent, non seulement par plaisir ou pour se passer le temps, mais aussi parce que le salaire du mari n'est pas toujours suffisant pour assurer la formation professionnelle des enfants et même simplement pour permettre d'élever dignement une famille. Nous n'en sommes pas encore à l'imposition séparée des salaires des époux qui travaillent et, en attendant le jour où ce postulat sera réalisé – mais dans combien d'années le Conseil fédéral nous présentera-t-il un projet dans ce sens? – je vous demande d'appuyer la proposition présentée par la minorité de la commission. Ce serait là un geste en faveur des couples dont les deux membres travaillent, situation qui ne comporte pas que des avantages.

Hofmann: Es geht bei der zur Diskussion stehenden Erhöhung der Sozialabzüge um ein Mittel zum teilweisen Ausgleich der Folgen der kalten Progression. Bei der Gestaltung einer Finanzvorlage sind stets verschiedene Besteuerungsgrundsätze zu beachten. Es sind verschiedene Ziele zu verfolgen. Daraus ergeben sich auch Zielkonflikte. Die Ziele sind daher gegenseitig abzuwegen. Unter diesen Zielkonflikten leidet jeweils auch der Ausgleich der kalten Progression. Wenn wir die Besteuerungsgrundsätze betrachten, so können wir erstens die ethisch-sozialpolitischen Grundsätze erwähnen. Es sind die Gerechtigkeitspostulate. Es geht um die Umverteilung von Einkommen über die Steuern durch unterschiedliche Belastungen. Daraus haben wir auch den progressiven Steuertarif und nicht einen proportionalen. Bei einem proportionalen Steuertarif hätten wir das Problem der kalten Progression nicht.

Zu den ethisch-sozialpolitischen Grundsätzen gehört die Gestaltung der Sozialabzüge. Die Kommission hat den Weg über die Erhöhung der Sozialabzüge zum teilweisen Ausgleich der kalten Progression gewählt, um eine familienpolitisch bessere Lösung zu treffen, als sie der Bundesrat vorgeschlagen hat. Man muss zugestehen, dass auf den ersten Blick die Ledigen nun schlechter wegkommen, weil die Minderbelastung im Maximum 66 Franken beträgt. Nimmt man aber ein Ehepaar ohne Kinder mit einem Erwerbseinkommen von 50 000 Franken, so sieht man, dass ein solches 550 Franken Steuern an den Bund zu entrichten hat, während als beide noch ledig waren und er 30 000 und sie 20 000 Franken Einkommen versteuerte, sie zusammen nur die Hälfte des Steuerbetrages zu entrichten hatten, nämlich 328 Franken. Genau gleich ist es auch bei einem Gesamteinkommen von 80 000 oder 100 000 Franken; es ergibt sich durch eine Verheiratung, sofern die Ehefrau erwerbstätig bleibt, rund die doppelte Steuerbelastung. Aus dieser Sicht ist die Lösung der Kommission verantwortbar.

Wir haben zweitens auch fiskalisch-budgetäre Grundsätze zu beachten. Wir müssen eine deckungspolitische Anpassungsfähigkeit besitzen; der Auftrag zum Budgetausgleich besteht nach wie vor und ist in der Gesetzgebung verankert. Bei der Vornahme von Entlastungen dürfen wir unter Beachtung fiskalisch-budgetärer Grundsätze nicht zu weit gehen, weil wir anderseits auch bei der Einnahmenbeschaffung Grundsätze zu beachten haben. Das sind vor allem, drittens, die wirtschaftspolitischen, die ordnungspolitischen Grundsätze. Wir haben festgestellt, dass wir die Warenumsatzsteuer, wollen wir eine Verzerrung des Wettbewerbes verhüten, nicht beliebig erhöhen können (taxe occulte). Also können wir nicht auf der einen Seite beliebige grosse Entlastungen vornehmen und sie anderseits durch beliebige Mehrbelastungen ausgleichen wollen. Daraus können wir den Anträgen Segmüller und Jaeger nicht zustimmen.

Viertens führen steuerrechtliche und steuertechnische Grundsätze dazu, dass unter den heutigen Gegebenheiten nur eine zweijährige Veranlagung möglich ist. Das mildert die Folgen der kalten Progression.

Alle erwähnten Grundsätze führen dazu, dass wir von der SVP aus die Anträge der Mehrheit der Kommission unterstützen. Die Anträge der Mehrheit der Kommission führen auch zu einer Entlastung der mittleren Einkommen; gerade sie leiden wegen der heutigen Gestaltung des Steuertarifs am stärksten unter den Folgen der kalten Progression.

Ich bitte Sie also, die Anträge der Mehrheit der Kommission zu unterstützen und die anderslautenden Anträge abzulehnen.

Bircher: Ich bitte Sie schon, wenn wir jetzt an den Anträgen der Kommission herumdoktern, doch auf die Symmetrie zu schauen. Wir hätten ja Gelegenheit gehabt, beim Wehrsteuertarif Korrekturen zu machen, haben dort aber darauf verzichtet. Wenn wir jetzt hier auf die Linie der CVP einschwenken und zweimal Sozialabzugserhöhungen von je 500 Franken, also von 4000 auf 4500 Franken, bei den erwerbstätigen Ehefrauen, aber auch bei den nichterwerbstätigen Ehefrauen gewähren, dann ist doch die gesamte Symmetrie gestört. Ich möchte Ihnen sehr beliebt machen, auf den Antrag des Kollegen Jaeger einzuschwenken. Er hat die Korrektur so gemacht, dass wir für die Verheirateten bei 4000 Franken bleiben, gemäss Kommissionsantrag, aber bei den erwerbstätigen Ehefrauen auf 5000 Franken gehen, weil ja gerade diese Ehepaare infolge der kalten Progression sehr viel stärker unter dem heutigen Wehrsteuertarif zu leiden haben. Wir haben auf die Ausmerzung der kalten Progression verzichtet, also rutschen doch Ehepaare, wo die Ehefrau erwerbstätig ist, sehr viel stärker in die Steuertarife hinauf, wo die kalte Progression nun wirklich zuschlägt. Deshalb wäre es ein gerechter Ausgleich, dort jetzt den starken Fünftausender-Abzug zu machen; damit würden wir die fehlende Tarifkorrektur ausgleichen.

Ich bitte Sie also, dem Antrag Jaeger/Aubry/Biel (Abzug von 5000 Franken für die erwerbstätige Ehefrau) zuzustimmen und es bei der verheirateten Ehefrau, die nicht erwerbstätig ist, beim Kommissionsantrag (4000 Franken) zu belassen.

Kaufmann: Ich möchte mich ganz kurz halten. Die Auseinandersetzung von Herrn Augsburger hat mich bewogen, hier nochmals auf die Tribüne zu steigen. Wir müssen klar feststellen: Seit zehn oder zwanzig Jahren besteht die Wehrsteuerpraxis, dass gewerbetreibende Eheleute und Bauern den Abzug für erwerbstätige Ehefrauen geltend machen können.

Noch ein Wort zur Frage der Besteuerung der Ehegatten. Es ist behauptet worden, dass die Geschiedenen die Leidtragenden seien. Man vergisst jedoch, dass die Ehegatten auf den Rabatt zu verzichten haben, so dass sie von dieser Vorlage praktisch auch nicht profitieren. Ich glaube daher, dass vor allem die Ehegatten – nicht nur die er-

werbstätigen Ehegatten –, einen gewissen Anspruch haben, auch von dieser kalten Progression etwas zurückzuhalten.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, dem Antrag von Frau Segmüller zuzustimmen.

Frau Segmüller: Nachdem wenigstens meine Anregung zur Terminologie, die ja den Vorteil hat, nichts zu kosten, offensichtlich auf Wohlwollen stößt und im Hinblick auf das neue Eherecht geboten erscheint, stelle ich den Antrag, den Ausdruck «Erwerbseinkommen der Ehefrau» abzändern und «Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten» zu sagen. Französisch würde das heißen «revenu du travail du conjoint». Ich hoffe, dass Sie diesem Antrag, der offiziell bereits abgesegnet ist, zustimmen, obwohl er nicht schriftlich vorliegt.

Frau Uchtenhagen, Berichterstatterin: Die von der Mehrheit beantragten Sozialabzüge sind das Ergebnis eines sehr harten Ringens. Das Votum Riesen hat Ihnen klargemacht, wo die Gründe liegen. Es war insbesondere für die Sozialdemokraten schwierig, dass man die Rabatte strich und die Sozialabzüge so stark erhöhte; denn aus unserer Sicht sind die Sozialabzüge so sozial eben auch nicht, weil die höheren Einkommen davon unverhältnismässig mehr profitieren. Es war denn auch kein Zufall, dass man in der Kommission ein bisschen erschrak, als man in einer nächsten Sitzung sah, wie sich das auf die einzelnen Einkommenskategorien auswirkt. Dies führte zu einem Wiedererwägungsantrag von Seiten der CVP, die Rabatte wieder einzuführen, doch kam dieser Antrag zu spät, weil man sich bereits auf die höheren Sozialabzüge geeinigt hatte. Das zeigt Ihnen aber auch, dass wir bei jeder Veränderung der Sozialabzüge sehr vorsichtig sein müssen, weil sich daraus sehr starke Steuertarifänderungen für die einzelnen Einkommenskategorien ergeben können. Wenn man das sieht, ist man plötzlich nicht mehr ohne weiteres bereit, solche Abzüge zu gewähren. Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, bei den Abzügen zu bleiben, welche die Kommission ausgehandelt hat.

Der Antrag von Frau Segmüller, den Verheiratenabzug um nochmals 500 Franken zu erhöhen, würde den Bund 35 Millionen Franken kosten. Hier muss ich Herrn Stucky vollkommen Recht geben: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht die Opposition der Ledigen bekommen. Diese Vorlage ist sehr familienfreundlich geworden, während die Ledigen jetzt keinen grossen Ausgleich durch die teilweise Beseitigung der kalten Progression mehr haben. Sie wären bei der Rabattlösung besser gefahren. Ich bitte Sie also, diesen Antrag abzulehnen.

Dagegen stimme ich dem redaktionellen Abänderungsantrag gerne zu. Wenn uns die Sache nichts kostet, sind wir meistens dafür. Es muss sicher heißen, dass man nicht einen Abzug vom Erwerbseinkommen der Ehefrau macht, sondern einen Abzug vom Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten. Im Französischen kennt man hier, wie immer, eine elegantere Formulierung und spricht vom «revenu du conjoint». Dieser Ausdruck ist für die französische Fassung genügend. Diese Textänderung erscheint mir auch richtig im Hinblick auf das neue Eherecht, das ja partnerschaftlich werden soll und vielleicht auch in der Realität dazu führen wird, dass hier und da ein Mann den Haushalt führt und die Frau dem Erwerb nachgeht, wenn es den beiden so gefällt.

Die Anträge von Frau Segmüller, den Abzug um 500 Franken zu erhöhen, wenn beide Ehegatten verdienen, kostet den Bund 10 Millionen Franken; der Antrag Jaeger hätte dagegen einen Einnahmenausfall von 20 Millionen Franken zur Folge. Das ist ein heikles Problem. Wir haben das Splitting nicht, und Herr Stucky hat das vielleicht doch nicht ganz richtig dargestellt. Wenn zwei heiraten und beide arbeiten noch, dann kommen sie eben in eine sehr viel höhere Progression. Solange wir dieses Problem nicht gelöst haben, ist sehr wahrscheinlich die Besteuerung recht

ungerecht, vor allem dort, wo die Frau voll erwerbstätig ist.

Trotzdem möchte ich Sie bitten, auch diesen Antrag abzulehnen, weil er wiederum 20 Millionen Franken Ausfälle bringt und erneut dazu führt, dass vor allem die hohen Einkommen noch mehr entlastet werden.

Es scheint mir aber auch ganz wichtig, dass man den Antrag Darbellay ablehnt. Er sieht sehr harmlos aus, und vielleicht hat es Herr Darbellay wirklich auch so gemeint. Er möchte, dass man nicht nur die Sparzinsen und die Versicherungszinsen abziehen kann; wie das in der jetzigen Vorlage vorgesehen ist, sondern dass man auch – ich habe die Formulierung jetzt nicht mehr genau präsent – den Mietwert der eigenen Wohnung einsetzen kann. Das tönt recht plausibel. Aber Sie müssen sich klar machen, dass damit eine grundlegende neue Änderung hineinkommt. Wir haben bis jetzt alles getan, keine grundlegenden Änderungen vorzunehmen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass jeder Kanton den Mietwert wieder anders einschätzt. In den einzelnen Kantonen finden darüber grosse Debatten statt. Wir führen in Zürich endlose Diskussionen über den Mietwert und wie hoch er bei den Steuern eingesetzt werden soll. Wenn Sie hier den Hausbesitzer privilegieren, dann kommen natürlich die Mieter und sagen: «Dann wir auch, aus Gründen der Gleichbehandlung!» Man kann nicht gut für den Hausbesitzer ein Privileg schaffen, das man nicht auf andere ausdehnt, auf jene, die noch nicht soviel gespart haben, dass sie zu einem eigenen Haus gekommen sind.

Ich würde also auch hier sagen: Verzichten wir auf Änderungen. Bleiben wir bei den von der Kommission in einer wirklich langen Arbeit und einer langen Auseinandersetzung erarbeiteten Sozialabzügen.

M. de Chastonay, rapporteur: Je précise que le Conseil fédéral s'est rallié à la proposition de la commission en ce qui concerne la teneur et le contenu de l'article 8, chiffre 3, des dispositions transitoires dont nous débattons maintenant et qui ont trait précisément aux déductions sociales. Alors que sur le plan global et total des déductions qui ont été faites, le projet du Conseil fédéral porte sur le montant de 120 millions de francs, le projet de la commission porte, lui, sur 345 millions, soit une différence positive en faveur du contribuable de 225 millions de francs. C'est donc 345 millions de francs que les contribuables suisses n'auront plus à débourser grâce aux nouvelles déductions sociales.

Quand on sait que ces contribuables sont près de 2 300 000 dans notre pays et qu'ils ont payé chacun 865 francs par an d'impôt fédéral direct pour la 18e période, on mesure d'emblée ce que ces 345 millions de francs représentent comme impact dans le porte-monnaie du contribuable suisse assujetti à l'impôt fédéral direct.

Mme Segmüller nous propose de porter à 4500 francs les déductions pour les personnes mariées et à 4500 francs également les déductions pour le produit du travail du conjoint. Elle a modifié sa proposition dans un sens plus général qui intéresse à la fois le mari et l'épouse. La proposition de Mme Segmüller apparaît très sympathique et l'on peut comprendre que l'on veuille avantager, par des déductions sociales plus élevées, les personnes mariées et les conjoints qui exercent une activité lucrative par rapport aux célibataires, veufs ou autres, bien que dans les discussions de la commission, le souci s'est également manifesté – notamment de la part de M. Jelmini – d'avantager quelque peu les célibataires par rapport aux personnes mariées. Le problème des déductions sociales, inutile de le dire, a retenu longuement l'attention de la commission et les chiffres admis l'ont été sur la base d'un compromis général qui tient compte, d'une part de l'incidence financière de ces déductions sur la caisse fédérale – c'est un élément important –, et d'autre part de notre souci d'avantager la famille.

Cela veut bien dire que l'on peut discuter vraiment à perte de vue pour savoir si l'on doit augmenter de 500 francs ici,

de 1000 francs là, ou si l'on doit améliorer les déductions sociales en faveur de la personne mariée par rapport à d'autres personnes. En fin de compte, je crois que c'est le résultat global qui doit nous préoccuper.

Je vous demande donc de rejeter la proposition de Mme Segmüller malgré le souci que son auteur manifeste d'avantage la famille et les personnes mariées, catégorie de contribuables qui, je dois le relever quand même, a attiré l'attention bienveillante de votre commission dont la majorité a été bien plus loin que le Conseil fédéral dans le montant des déductions proposées. Et puis, *in cauda venenum*, la proposition de Mme Segmüller nous coûte 45 millions de francs, 45 millions dont nous privons la Confédération. Il y a là aussi un élément dont vous devez tenir compte dans le refus de cette proposition que la majorité de la commission vous propose.

J'en viens à la proposition Jaeger. Nous avons également largement débattu de ce problème dans la commission. En intervenant dans le domaine des déductions, personnelles et en laissant de côté les réductions linéaires qui ont été proposées par le Conseil fédéral, nous avons estimé que nous atteindrions mieux les buts que nous nous sommes fixés, à savoir le dégrèvement fiscal envers la famille ou ses membres. Cela correspond aussi, on l'a suffisamment dit et répété ici, à une certaine compensation de la progression à froid.

En rejetant la proposition que notre collègue Biel a faite à la séance du 19 janvier à Beatenberg et qui demandait de porter la déduction pour le produit du travail de l'épouse à 5000 francs, alors que le Conseil fédéral proposait 2500 francs et que la majorité de la commission l'a portée à 4000 francs, nous avons pratiqué la politique du compromis face aux variantes qui nous étaient proposées dans quasiment toutes les rubriques de la lettre a de l'article 8, 3^e alinéa, des dispositions transitoires. Là aussi un consensus a été trouvé qui, à notre avis, satisfait en définitive les options politiques des auteurs de ces propositions. Je vous signale que si la proposition Jaeger a été rejetée par 24 voix contre 4, c'est parce qu'en définitive les montants des déductions sociales qui atteignent déjà plus de 345 millions nous paraissent suffisants et nous amènent en définitive à une pure question d'appréciation et de dosage, dosage qui a paru suffisant à la majorité de la commission.

Je ne veux pas m'étendre davantage mais je voudrais simplement dire à Mme Aubry que la proposition que vous soutenez n'encourage pas le mariage. C'est bien plutôt la proposition de Mme Segmüller qui encouragerait, comme l'a fait d'ailleurs la majorité de la commission, les personnes mariées qui voient leurs déductions sociales passer de 3000 à 4000 francs. En tout état de cause, la proposition Jaeger coûte à nouveau 20 millions de francs à la caisse fédérale. Il convient pour les raisons citées tout à l'heure de la rejeter et de voter pour la majorité de la commission, appuyée d'ailleurs par le Conseil fédéral. J'en viens maintenant à la proposition de M. Darbellay.

Il faut rappeler tout d'abord que les déductions pour les primes d'assurance et intérêts de capitaux d'épargne ont été instituées par l'arrêté fédéral du 11 mars 1971, accepté par le peuple et les cantons en date du 6 juin 1971.

Le message du Conseil fédéral précisait que par primes d'assurance et intérêts de capitaux, il ne fallait pas seulement entendre les primes d'assurance-accidents et maladie, celles des caisses de pension et assurance-chômage mais encore les intérêts des capitaux d'épargne, soit les intérêts des avoirs d'épargne, des bons de dépôt, des bons de caisse, des carnets d'épargne et des obligations étrangères ou autres.

L'intention du législateur à l'époque était claire. Elle s'est manifestée en faveur d'une interprétation extensive des déductions appliquées dans le domaine des primes d'assurance et des intérêts de capitaux. De même l'idée de départ dans ces déductions était de favoriser la conclu-

sion d'assurances maladie-accidents ou chômage, de même qu'elle devait encourager et favoriser l'épargne individuelle. La proposition de M. Darbellay, aussi séduisante soit-elle, introduit un tout nouvel élément dans notre projet, élément qui ne s'inscrit pas dans l'optique ayant présidé à privilégier soit les primes d'assurance, soit l'épargne. Dès lors, il est apparu à la commission que le projet dont nous débattons ne se prête que fort peu ou même mal aux innovations qu'il importe de discuter, non pas aujourd'hui mais dans le cadre, peut-être, d'une législation d'exécution qui devrait être mise sur pied en regard de tout le problème de l'harmonisation fiscale.

En tout état, la proposition Darbellay soulève diverses questions importantes, notamment celle de son application en fonction du principe de l'égalité de traitement envers les locataires, principe qui ne seraient respecté que pour autant que, face à une situation donnée, le même revenu soit pris en considération, ce qui sera extrêmement difficile à obtenir. L'on n'ignore pas en effet les grandes différences que notre pays connaît en matière de loyer. Je vous demande donc de rejeter la proposition Darbellay en fonction de cette importante innovation qu'elle introduit dans le projet, innovation inédite que la commission ne désirait pas. Je vous prie de vous rallier au texte de la majorité de la commission, appuyé en cela par le Conseil fédéral.

Bundesrat Ritschard: Der Bundesrat hatte ja bei dem Rabattsystem eine Korrektur der kalten Progression vorschlagen. Die Kommission hat dann dieses System in das System der Abzüge hinein verwoben, so dass also der Antrag des Bundesrates wegfällt; wir haben uns den Anträgen der Kommission angeschlossen.

Ich kann hier nicht viel Neues sagen. Alle jene, die schon an der Beratung von Steuergesetzen mitgewirkt haben, wissen, dass diese Fragen der Abzüge immer das schwierigste Problem darstellen, weil hier sehr viel Ermessen und auch relative sowie gelegentlich auch emotionale Vorstellungen und dergleichen Gültigkeit haben können. Es ist wahrscheinlich außerordentlich schwierig, hier überhaupt die optimale Gerechtigkeit zu finden. Die Steuerverwaltung, die ja einige Erfahrung hat, wie auch ich persönlich – im Bundesrat ist das auch diskutiert worden – haben den Eindruck, dass das System, das die Kommission nach langen Diskussionen erarbeitet hat, eine gewisse Logik aufweist – sie ist jetzt dargelegt worden –, und dass jede Änderung natürlich zu Verzerrungen führt. Ich sage das nicht allein wegen der Ausfälle, die immerhin in der Größenordnung von über 30 Millionen Franken entstehen. Dieser Betrag muss natürlich auch wieder irgendwie gedeckt werden durch andere. Wichtiger ist wohl das Gefühl, man komme zu gerechten, einigermassen logischen Abzügen.

Man sollte hier bei den Abzügen bei der Wehrsteuer immer auch bedenken, dass sie eine Signalwirkung auf die Abzüge bei den Kantonen haben. Wenn bei der Bundessteuer ein gewisser Abzug eine gewisse Höhe hat, übt das natürlich eine Sogwirkung aus. Von den Kantonen wird dann erwartet, dass sie ebenso hoch gehen. Das wäre an sich vielleicht nicht so dramatisch. Aber irgend einmal wollen wir ja darauf hinarbeiten, die Steuern wenigstens in sehr rudimentären Fragen irgendwie zu harmonisieren. Jedes Auseinanderklappen führt natürlich dann zu Schwierigkeiten, weil vor allem finanzschwache Kantone solche Abzüge nicht gewähren können, wie sie der Bund hier gewährt. Soweit zu diesem Abzugssystem. Ich glaube also, dass das, was die Kommission hier mühevoll gefunden hat, richtig ist.

Ich muss Herrn Darbellay auch enttäuschen. Er kommt mit einer ganz neuen Komponente in dieses Abzugssystem herein, mit einem an sich guten Gedanken: Sparförderung oder Förderung des Eigentums. Er will den Mietwert der eigenen Wohnung irgendwie da miteinbeziehen. Ich habe die Steuerverwaltung um einen Bericht darüber gebeten, was das für Folgen hätte. Sie schreibt, und das drängt

sich auf, dass man sorgfältig prüfen müsse, wie sich eine solche Neuerung unter dem Gesichtspunkt der Rechts-gleichheit mit den Miethalten verhalte, ob da nicht eine Un-gleichheit entstehe. Die Rechtsgleichheit wäre wohl nur gewährleistet, wenn ganz allgemein ein entsprechender Abzug für hohe Auslagen gewährt würde. Das würde dann eben doch wieder zu weit führen und eine ganz andere Dimension auslösen, abgesehen davon, dass auch hier wahrscheinlich dann die Wirkungen auf die Kantone und ihre Steuergesetzgebung nicht ausbleiben würden.

Ich möchte Sie bitten, den Anträgen der Kommission, die auch die Anträge des Bundesrates sind, zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 98 Stimmen
Für den Antrag Segmüller 30 Stimmen

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 89 Stimmen
Für den Antrag Darbellay 38 Stimmen

Le président: Nous passons au produit du travail du conjoint. Personne ne s'oppose à la nouvelle rédaction proposée, qui serait ainsi adoptée. Au lieu du «travail de l'épouse», il faudra donc lire «travail du conjoint».

Nous allons maintenant nous prononcer sur les montants des déductions.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit 36 Stimmen
Für den Antrag Segmüller 73 Stimmen

Definitiv – Definitivement

Für den Antrag der Mehrheit 98 Stimmen
Für den Antrag Segmüller 46 Stimmen

Art. 8 Abs. 3 Bst. b

Antrag der Kommission

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Carobbio)

Natürliche Personen: Die für ein Steuerjahr zu entrichtende Steuer vom Einkommen beträgt:

- bis 9699 Fr. Einkommen 0.— Fr.;
- für 9700 Fr. Einkommen 22.— Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 1.10 Fr. mehr;
- für 22 000 Fr. Einkommen 157.30 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 3.30 Fr. mehr;
- für 38 500 Fr. Einkommen 701.80 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 6.60 Fr. mehr;
- für 55 000 Fr. Einkommen 1 790.80 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 8.80 Fr. mehr;
- für 71 500 Fr. Einkommen 3 242.80 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 11.50 Fr. mehr;
- für 80 000 Fr. Einkommen 4 220.30 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 13.— Fr. mehr
- für 90 000 Fr. Einkommen 5 520.30 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 14.50 Fr. mehr;
- für 100 000 Fr. Einkommen 6 970.30 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 16.— Fr. mehr
- für 150 000 Fr. Einkommen 14 970.30 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 16.50 Fr. mehr;
- für 250 000 Fr. Einkommen 31 470.30 Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 17.— Fr. mehr;
- für 367 600 Fr. Einkommen 51 642.30 Fr.;
- für 367 700 Fr. Einkommen 51 478.— Fr.
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen 14.— Fr. mehr.

Majorité

Biffer

Minorité

(Carobbio)

Personnes physiques: l'impôt sur le revenu net dû pour une année fiscale s'élève:

- jusqu'à 9699 fr. de revenu, à 0.— fr.;
- pour 9700 fr. de revenu, à 22.— fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 1.10 fr. de plus;
- pour 22 000 fr. de revenu, à 157.30 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 3.30 fr. de plus;
- pour 38 500 fr. de revenu, à 701.80 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 6.60 fr. de plus;
- pour 55 000 fr. de revenu, à 1 790.80 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 8.80 fr. de plus;
- pour 71 500 fr. de revenu, à 3 242.80 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 11.50 fr. de plus;
- pour 80 000 fr. de revenu, à 4 220.30 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 13.— fr. de plus;
- pour 90 000 fr. de revenu, à 5 520.30 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 14.50 fr. de plus;
- pour 100 000 fr. de revenu, à 6 970.30 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 16.— fr. de plus;
- pour 150 000 fr. de revenu, à 14 970.30 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 16.50 fr. de plus;
- pour 250 000 fr. de revenu, à 31 470.30 fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 17.— fr. de plus;
- pour 367 600 fr. de revenu, à 51 642.30 fr.;
- pour 367 700 fr. de revenu, à 51 478.— fr.
- et, pour 100 fr. de revenu en plus 14.— fr. de plus.

Le président: La proposition de la minorité Carobbio a déjà été liquidée lors du vote précédent.

Angenommen – Adopté

*Hier wird die Beratung dieses Geschäfts unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

Schluss der Sitzung um 12 Uhr

La séance est levée à 12 heures

Art. 8 al. 3 let. b

Proposition de la commission

Finanzordnung. Bundesverfassung

Régime financier. Constitution fédérale

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1981
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	80.088
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.03.1981 - 08:00
Date	
Data	
Seite	219-240
Page	
Pagina	
Ref. No	20 009 281